

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 261 B

BERLIN • Sonnabend, den 5. November 1932

1. JAHRGANG

Papen-Regierung wackelt!

Die Arbeiterschaft muß sie umstoßen.

Rpt. Das Kabinett der Junker zeigte sich in den Kabinettsitzungen vom 2. und 3. November, über deren Ergebnisse erst nachträglich etwas bekannt wird, in voller Schönheit. Daß es die Interessen der Arbeiter mit Füßen tritt, wissen wir. Es vertritt aber auch nicht die Interessen „der Landwirtschaft“, wie den Bauernmassen eingeredet wird, sondern nur die Interessen eines winzigen Teils der Landwirte; die machen nur den Bruchteil eines Prozents aller Landwirte aus (sehr hoch gerechnet: 0,4 Prozent). An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Die agrarischen Früchte aber sehen so aus:

Was sofort beschlossen wurde.

Die vom Landbund seit einigen Tagen geforderte Getreidepreissetzung ist prompt beschlossen worden, ausdrücklich mit Begründung: „um einen Zusammenbruch der Osthilfeaktion ... zu verhindern.“

Wünsche der Großagrarien nicht zu erfüllen, das ist bekanntlich nach dem im Kreise des Herrenklubs üblichen Sprachgebrauch Bolschewismus. Nein, Bolschewisten sind der General von Schleicher, der Herrenreiter von Papen, der massive Großagrarien von Braun und all die anderen. Der amtliche Bericht besagt also über die Getreidepreissetzung, die Reichsregierung habe „die hierzu erforderlichen Maßnahmen beschlossen“. Welche, wird nicht bekanntgegeben. Vielleicht, weil man es mit Rücksicht auf Börsenspekulanten nicht sagen will, vielleicht, weil man es noch nicht weiß. Sicher ist: Die „bolschewistische“ Getreide- und Brotpreissenkung wird verhindert.

Was nicht beschlossen wurde.

Die vom Landbund seit Monaten geforderte, vom Reichsernährungsminister in seiner Münchener Rede am 26. September angekündigte Kontingentierung der Einfuhr bäuerlicher Produkte wurde nicht beschlossen.

Jene Maßnahmen würden zwar den Bauern keine Hilfe bringen. Es ist ihnen aber so lange eingeredet worden, sie bedeuteten die Rettung, daß die Bauern es glauben. Die Landbundagitation hat es großen Bauernmassen fast eingehämmert. Wer schon viele Bauern in sachlichem Gespräch nach ihren wirtschaftspolitischen Ansichten gefragt hat, der weiß, daß er da meist zu hören bekommt, was in den Landbund-Zeitungen steht. Der Bauer liest nicht viel. Das, was ihn dabei angeht, behält er fest im Kopf. So steht es auch mit den Kontingenten. Die Regierung riskiert es trotzdem und trotz verschiedener Ankündigungen, die Kontingente würden noch vor der Wahl verfügt werden, den Beschluß zu verlagern, — sei es, weil sie sich vorgenommen hat, das Wahlergebnis überhaupt mit Nichtachtung zu strafen, sei es, weil sie der Bauernmassen trotzdem sicher zu sein glaubt. Anschlaggebend war aber wohl der Widerstand gegen die Kontingente innerhalb des Kabinetts. Widerstand leistete nicht nur der eigentliche Vertreter der industriellen Interessen im Kabinett, der Reichswirtschaftsminister Warmbold, sondern auch der Reichsfinanzminister von Krosigk und der Außenminister von Neurath, ferner nach einer Schätzung bürgerlicher Zeitungen mindestens drei weitere Reichsminister.

Wohl mehr als ein Minister wäre aus dem Kabinett ausgetreten, wenn die Kontingente beschlossen worden wären. Das war noch riskanter, als Bauern vor den Kopf zu stoßen. Darum wurde die Beschlußfassung ausgesetzt.

Nur die Butterkontingente wurden beschlossen, über die eine Einigung mit den hauptbeteiligten Ländern erfolgt ist; diese scheinen übrigens mit der erfolgten Regelung keineswegs unzufrieden zu sein. Im übrigen wurde lediglich der Bericht der Tomaten-Kommission zur Kenntnis genommen und beschlossen, daß das „besonders reichhaltige Material“, das die Verhandlungen der Kommission in Brüssel, im Haag, in Rom, Paris und Kopenhagen ergeben haben, „unverzüglich gesichtet und bearbeitet wird“. Die amtliche Mitteilung schließt: „Nach Abschluß dieser Arbeit“ werde die Regierung „ihre Entscheidung im einzelnen treffen“. Das wird also sicher nach den Wahlen sein.

Der Zwischenakt vor den Wahlen sieht so aus:

Junker-Regierung und Landbund arbeiten mit verteilten Rollen.

Nach Vertagung der Scheinhilfe für die Bauern fällt dem Landbund und den Deutschnationalen die Aufgabe zu, die Bauern bei der Stange zu halten. Denn das Kabinett will sie sicher nicht den Nationalsozialisten zutreiben. Wie diese Auf-

Regierung und Polizei gegen BVG-Streik!

R. H. Der BVG-Streik in Berlin dauert noch immer in fast unverminderter Stärke an, obwohl sich die Lage sehr verschärft hat.

Da die Vorort-, Stadt- und Ringbahn, die nicht der BVG, sondern der Reichsbahnverwaltung untersteht, noch fährt, ist der Verkehrsstreik für das Publikum, das übrigens wiederholt Sympathieäußerungen für die Streikenden abgibt, nicht so unangenehm. Auch die Taxen verkehren in größerer Zahl als zu gewöhnlichen Zeiten. Der „Schutz der Arbeitswilligen“ ist, wie die Polizei mitteilt, gesichert. Das war jedoch schon am Donnerstag; aber das nützt alles nichts, wenn sich nicht genügend Streikbrecher finden, um die Aufnahme des Verkehrs zu ermöglichen. So fuhr am Donnerstag ein halbes Dutzend Wagenzüge der Straßenbahn unter Bedeckung durch Polizeiflitzer. Das hat natürlich seine Grenzen, man kann nicht jedem Straßenbahnwagen ein Ueberfallkommando beigegeben. Darum mußte bei Einbruch der Dunkelheit dieser notdürftige Pendelverkehr aus Sicherheitsgründen aufgegeben werden. Verschiedentlich waren auch die Schienen aufgerissen, die Weichen unbrauchbar gemacht worden und ähnliches.

Die erste Handlung der Regierung war, daß sie den Streik kurzer Hand für „ungesetzlich“ erklärte und entsprechende Anweisungen an die Polizei gab, die prompt ausgeführt wurden. Im Laufe des Tages wurden

über hundert Streikposten und Flugblattverteiler festgenommen

und der politischen (!) Abteilung im Polizeipräsidium zwecks Feststellung der Personalien zugeführt. Ebenso erging es der Streikleitung. Auch Versammlungen der Streikenden wurden aufgelöst. So nahm die Polizei am Donnerstagabend die 52 Funktionäre der Berliner Bezirksleitung der RGO (Industriegruppe, Gemeinde und Verkehr) fest, die sich in einer Versammlung befanden, in der angeblich ein Sympathiestreik der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke vorbereitet werden sollte. Das völlig unbegründete Vorgehen der Baronatsregierung Papen und ihrer ausführenden Organe stellt eine

ungeheuerliche Verletzung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter

dar, ein Vorgehen, das an Wilhelminische Zeiten erinnert, und muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Was die Ansichten der Regierung über Streiks im allgemeinen und den BVG-Streik im besonderen sind, interessiert uns blutwenig, umsoehr haben wir für die Gründe und Hintergründe der Polizei- und Regierungswillkür gegen die letzten Freiheiten der Arbeiterschaft Interesse!

Angeprangert werden muß ebenfalls immer wieder die streik- und arbeiterfeindliche Haltung des „Vorwärts“, den zwar manche noch für ein Arbeiterblatt halten. Er versucht in jeder Weise Keile in die einheitliche Front der Streikenden zu treiben. Er liefert der reaktionären Regierung Gründe für ihre Ungesetzlichkeitserklärung und ihr Einschreiten. Die Folgerungen aus diesem Verhalten des Zentralorgans der SPD werden die Arbeiter zweifellos selber ziehen. Die Schreibweise des „Vorwärts“ ist umso schlimmer, als seit Freitag die „Rote Fahne“ und die „Welt am Abend“ verboten sind und sich daher nicht gegen die sozialdemokratischen Ausfälligkeiten wehren können. Wir haben uns immer gegen die parteipolitisch bedingte RGO-Politik gewandt, die

gab angepackt wird, zeigen zwei Vorstöße, die Hugenbergs „Landwirtschaftliche Wochenschau“ auf einer Seite in einem Artikel ihres Chefredakteurs macht:

1. Die Regierung hat die Vertagung des Beschlusses damit begründet, daß das Material vor der Beschlußfassung noch gesichtet und bearbeitet werden müsse. Hier wird eingehakt: „Die Reichsregierung hat in ihrer amtlichen Mitteilung keinen Termin für ihre in Aussicht gestellte Entscheidung angegeben.“ Die landwirtschaftlichen Führer würden selbstverständlich den „Abschluß der Materialprüfung und die Durchführung der Kontingente noch für Freitag oder Sonnabend verlangen“. Sonst würde die Regierung „auch ihre

letzte Vertrauensgrundlage in der so hart geprüften Landwirtschaft“ verlieren.

AUS DEM INHALT:

Der Terror gegen die KPD.

Held — Papen — Braun.

Das Hugenberg-Gift.

Hände weg vom freiwilligen Arbeitsdienst!

Praxis der SPD in den Gewerkschaften gleicht dieser jedoch wie ein weißes Ei einem roten!

Am Donnerstag wurde in aller Eile die Fällung eines Schiedsspruches betrieben, den der bekannte Gewerberat Körner fällte. Doch selbst der Gesamtverband erklärte, zur Annahme des Spruches nicht in der Lage zu sein! Die BVG-Leitung dagegen nahm den Schiedsspruch an. Daraufhin hat der Schlichtungsausschuß für Groß-Berlin am Donnerstagabend noch den

Schiedsspruch für verbindlich erklärt.

Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß die Aufhebung des Tarifes durch Regierungsverordnungen schon ungesetzlich war und die Arbeiter ihrer Vertragspflicht, also auch der Anerkennung des Schiedsspruches entband!

Die Freien Gewerkschaften hatten vor Aufnahme der Verhandlungen folgende Stellungnahme veröffentlicht:

„Die vom Arbeiterrat der BVG durchgeführte Urabstimmung hat eine

Mehrheit für die Annahme des Verhandlungsergebnisses der Gewerkschaften nicht erbracht.

Nach Ansicht der am Tarifvertrag beteiligten Verbände ist aber auch keine Streikmehrheit erreicht worden. Die Gewerkschaften sehen sich daher außerstande, auf Grund dieser Situation einen neuen Lohnarifvertrag abzuschließen. . . .“

Damit wird auch vom Gesamtverband zugegeben, daß keine tragbare Basis für den Lohnabbau bei den Arbeitern der BVG selber gefunden werden konnte.

Nach Verbindlicherklärung des Schiedsspruches hat am Freitag früh die BVG an allen Plakatsäulen und Bahnhöfen eine Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit bis spätestens Freitag nachmittag um 14 Uhr erlassen, widrigenfalls den weiterstreikenden BVG-Arbeitern und -fahrern fristlos die Entlassungspapiere zugestellt würden.

Damit sind

die Streikenden vor wichtige Entscheidungen gestellt:

es wird sich zeigen müssen, ob sie genügend Festigkeit und Kampfschlossenheit besitzen, um sich durch Einschüchterungsversuche nicht unterkriegen zu lassen, oder ob sie kapitulieren und damit einen Präzedenzfall für weitere derartige Lohnraubversuche schaffen werden. Wenn die BVG-Leute einheitlich und geschlossen sich zur Wehr setzen, wird ihnen niemand ein Lohndiktat aufzwingen können. Das Recht und die Macht ist durchaus auf Seiten der Arbeiter, denn der Donnerstag hat wieder einmal erwiesen, wie richtig und wie wichtig der Satz ist: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!“

(Weitere Meldungen über den BVG-Streik auf der Beilagen-Seite.)

2. Weil das Kabinett von Papen mit Rücksicht auf die Industrie die Scheinhilfe für die Bauern nicht gibt, wird vorbereitet eine Scheinablösung der Deutschnationalen und des Landbundes vom Kabinett. Die Vorbereitung geht schon so weit, daß die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ schreibt: Papen hätte noch am Mittwoch für Donnerstag den Kontingentsbeschlus verbindlich versprochen. Nun habe

„Papen sich selbst das Rücktrittsdekret unterzeichnet“.

Sind also Papens Tage gezählt? Auf diese Frage gehen wir nicht ein. Denn sie ist völlig unwichtig. Es kommt nicht darauf an, ob dieser eine Herrenreiter stürzt. Dazu sind ihm vielleicht, schon seine Ministerkollegen behilflich.

Sondern es kommt darauf an, das feudale Kabinett zu stürzen.

das nach dem offenbaren Versagen anderer Kabinette wie aus einer Theaterbühne aufgestiegen und in die Bresche gesprungen ist, mit dem Ziel, den Kapitalismus zu retten, und zwar zu retten, nicht auf Kosten der Reste des Feudalismus — denen Brüning wenigstens noch etwas zu Liebe rücken wollte —, sondern auf Kosten der Reste der sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.

Darum nicht nur fort mit Papen, sondern fort mit dem Kabinett! Nicht nur Schluß mit diesem Kabinett und seinem

Herriot hat das Vertrauen seiner Partei.

Landestagung der Radikalsozialisten.

In Toulouse findet seit Donnerstag der Parteitag der radikalsozialistischen Partei statt, der gleich anfangs zu einer scharfen Auseinandersetzung des linken Flügels der Partei mit der Regierung führte. Der Abgeordnete Bergery, der in der Partei links steht und mit dem rechten Flügel der Sozialisten befreundet ist, warf Herriot vor, daß er in Lausanne auf einer Restzahlung Deutschlands bestanden habe, daß er die Lasten des Haushaltsungleichs zum größten Teil auf die Schultern der kleinen Steuerzahler und Beamten abgewälzt habe, und daß er die Hooverschen Abrüstungsvorschläge nicht angenommen habe.

Herriot versuchte, die Angriffe in einer längeren Rede zurückzuweisen, die mit großem Beifall aufgenommen wurde. Den Hauptnachdruck legt er auf die Frage der französischen Haltung in der Abrüstungsfrage; auf die andern Punkte ging er nur sehr kurz ein.

Der Auftakt zur Aufrüstung?

Bei der am Donnerstag erfolgten Eröffnung der Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz erklärte Henderson, daß 46 Staaten der Verlängerung des Rüstungsfrierjahrs um vier Monate zugestimmt hätten. Allerdings hätten einige Staaten die Zustimmung an gewisse Bedingungen geknüpft, Frankreich z. B. an die, daß seine Nachbarstaaten das Rüstungsfrierjahr gleichzeitig annehmen. Bekanntlich hat sich die deutsche Regierung geweigert, die Frage der Annahme auch nur zu erörtern, da sie mit der Abrüstungskonferenz vorläufig nichts zu tun haben will. Wenn sie dabei bleibt, so wird für den weiteren Verlauf der Abrüstungskonferenz nicht einmal der geringe Waffenstillstand des Rüstungsfrierjahrs fortbestehen.

Im Uebrigen drehten sich die Diskussionen im wesentlichen darum, ob man erst über die Abrüstung sprechen wolle oder über die Art, in der der Völkerbund die Abrüstung kontrollieren sollte.

Gegen Japan, KP und Völkerbund.

Der Vollzugausschuß der Kuomintang hat beschlossen, eine außerordentliche Vollversammlung der Partei einzuberufen und dort die folgenden Forderungen zu vertreten:

1. Verstärkung des Widerstandes gegen die japanischen Angriffe.
2. Ablehnung des Lytton-Berichtes.
3. Energiischer Kampf gegen die Rote Armee.

Die Kuomintang hat bereits öfter bewiesen, daß sie gegebenenfalls selbst den Kampf gegen Japan zurückstellt, um gegen die Kommunisten vorgehen zu können.

Trendelenburg, der neue Untergeneralsekretär des Völkerbundes, hat bereits seine Tätigkeit, die in der Oberleitung über die Finanz- und Wirtschaftsabteilung besteht, aufgenommen. Wahrscheinlich wurde ihm von der deutschen Regierung — die ihn noch vor wenigen Wochen beim Reichswirtschaftsministerium abgebaut hat, da die von ihm vertretene Politik zu liberal ist — der Auftrag erteilt, erst einmal bei den anderen Staaten für eine für Deutschland nützliche liberale Handelspolitik zu sorgen.

Denn Ihr seid dumm und seid nicht auserwählt...

W. R. Ein prominenter Nazi hat einmal treffend bemerkt: der Nationalsozialismus sei keine Sache des Verstandes; man könne ihn nicht begründen, man müsse ihn erleben. Hier ist einiges Material zu diesem Zweck.

Ich trete in einen Laden. Die Inhaberin unterhält sich gerade mit einer elegant gekleideten Dame — Typ: alter Adel: Der Mensch fängt erst beim Leutnant an. Gnädige Frau flötet soeben:

„Ja, für diese Bewegung kann man ja auch sterben!“
„Wir sind auch ganz begeistert!“
„Ich habe das Hoheitszeichen immer bei mir. Ich würde es ja gern öffentlich tragen, aber ich bin ja nur eine schwache Frau! Die Welt ist ja so roh! Darum habe ich das Hoheitszeichen immer in der Tasche!“ (Verzückt hält sie ihre Tasche mit dem kostbaren Inhalt vor sich hin.)

Hitlertag. In strömendem Regen hatte die Menge stundenlang auf IHN geharrt. Am nächsten Tage folgendes Gespräch zweier Anhängerinnen von IHN.

„O, wir waren ja so naß, so naß! Bis auf die Haut! Aber wir haben Hitler reden hören!“

„Was sagte er denn?“
„Ach, das weiß ich nicht mehr, er hat ja auch nur zehn Minuten lang gesprochen. Aber — nein, Sie glauben es nicht, man braucht IHN ja nur zu sehen, um zu wissen, daß ER es besser machen wird!“

Aus nationalsozialistischen Berichten über SEINEN Befreiungsflug:

„Unter der strahlenden Mittagssonne... durch das grüne Herz Deutschlands.“

„Schweigend in wilder Schönheit liegt...“

„Ueber einen weichen Teppich grüner Tannenzweige geht Adolf Hitler durch ein Spalier seiner braunen Kameraden.“

... und nun tritt der Schmied des kommenden Deutschlands ans Mikrofon und kündigt mit seiner markigen Stimme sein heiliges Wollen.“

abenteuerlichen Versuch zur Rettung des Kapitalismus, sondern

Schluß mit allen Versuchen, den Kapitalismus zu retten! Dies aber können wir nur diskutieren, wenn wir vorher Schluß gemacht haben, mit dem Bruderkampf in den Reihen der Arbeiterschaft, darum ist nach wie vor dies die Hauptsache:

Schafft die Einheitsfront der Arbeiterschaft!

Gegenüber den Hooverschen Abrüstungsvorschlägen habe er eine gewisse Zurückhaltung eingenommen, weil es sich um sehr verwickelte technische Fragen gehandelt habe, von denen das Leben der Kinder Frankreichs abhängt. Der Vorschlag Hoovers habe für eine Bevölkerung von 60 Millionen Menschen einen Effektivbestand von 100 000 Soldaten vorgesehen, was für das schwächer bevölkerte Frankreich etwa 62 000 Soldaten bedeutete hätte. Die Frage sei daher, ob er richtig gehandelt habe, indem er sich ein endgültiges Urteil vorbehielt. Niemand behaupte, daß der französische Abrüstungsvorschlag vollkommen sei. Aber es sei ungerecht, diejenigen anzuklagen, die schon 1932 die Initiative für einen allgemeinen Abrüstungsplan ergriffen hätten. Er werde nie die Abrüstung von der Sicherheit trennen.

Frankreich habe vier Jahre lang den Krieg kennengelernt. Deshalb habe es ein Recht darauf, gewisse Garantien für die Zukunft zu verlangen.

Zum Schluß der Sitzung wurde fast einstimmig — nur sechs Abgeordnete stimmten dagegen — dem Ministerpräsidenten und der Regierung das Vertrauen für ihre bisherige Politik ausgesprochen.

Der Kampf um die Regierungsform.

Regierungswechsel in Jugoslawien.

Die tastenden Versuche der jugoslawischen herrschenden Klasse, aus der diktatorischen Regierungsform in eine sanfter aussehende und daher reibungsloser laufende Form der Herrschaft hinüberzukommen, hat zum dritten Mal in diesem Jahr zu einem Wechsel des Ministerpräsidenten geführt. Anfang April war der Diktator Zivkowsitch von dem weniger vorbelasteten Marinkowitsch abgelöst worden. Anfang Juli mußte Marinkowitsch schon wieder dem rechtsstehenden Srschkitsch, einem Vertrauensmann des Königs, weichen. Anfang November ist nun auch Srschkitsch wieder zurückgetreten.

Die Zahl der Arbeitslosen in Irland ist in der Zeit vom 14. März bis zum 12. Oktober von 30 000 auf 88 000 gestiegen; der irische Ausfuhrhandel nach England ist beinahe lahmgelegt. Um diesen Folgen des englisch-irischen Wirtschaftskrieges entgegenzutreten, hat De Valera beschlossen, vom 15. Dezember ab bei der Ausfuhr gewisser irischer Fertigerwaren nach England den irischen Händlern den englischen Einfuhrzoll aus einer Staatskasse zu vergüten. Der englische Bauernverband, der eine Ueberschwemmung Englands mit billigem irischem Vieh fürchtet, hat daraufhin von der englischen Regierung gefordert, die im Ottawaer Vertrag vorgesehenen Dumping-Maßnahmen gegen die betreffenden irischen Waren anzuwenden.

Gegen die Geheimhaltung der Verhandlungen des vorbereitenden Ausschusses für die Weltwirtschaftskonferenz protestierte der Internationale Verband der Völkerbunds-Journalisten.

Das Gesetz über die Ottawa-Verträge wurde im Unterhaus in dritter Lesung mit 416 gegen 68 Stimmen angenommen. Im Laufe der Verhandlungen wurde beschlossen, daß die Abkommen von Ottawa nur als Verträge, aber nicht als englische Landesgesetze gelten.

Die englische Regierung bereitet eine Reform der Arbeitslosenversicherung vor, wobei auch die Förderung des Bedürfnisnachweises revidiert werden soll.

... Menschenmenge, die hier in Ergriffenheit dem Führer endlich einmal ins Auge sieht.“

„Mit einem fröhlichen Lächeln auf den Lippen immer wieder dankend, läßt sich der Führer nichts zu viel werden. „Gott, hat der Mensch eine Geduld!“ höre ich hinter mir sagen. Schließlich aber geht es nicht mehr. Da werfen sie ihn mit Blumen, und unter einem wahren Regen von roten, blauen und gelben Farben schreitet der Führer zum Podium.“

So war es im Sommer. Heute klingt die Trommel gedämpfter.

An einen Leser.

„Ich freue mich jeden Tag, wenn ich den „Funken“ lese“, hast Du gesagt. Du bist froh, endlich eine Zeitung zu lesen, die ehrlich und objektiv ist. Die Dir die Wahrheit bringt über den Kampf der Arbeiter aller Länder, über die Sowjet-Union, über die spanische Revolution, über die Kriegsrüstungen der Militaristen; eine Zeitung, die der Einheitsfront der Arbeiter dient, die darüber hinaus dem Kampf der Arbeiter eine neue, hieb- und stichfeste Grundlage geben will, durch die die Arbeiterschaft befähigt wird, den Kampf gegen jede Ausbeutung erfolgreicher zu führen als bisher.“

Neben Dir, im Betrieb, an der Stempelstelle, in den Gewerkschaften, in den Arbeiterorganisationen, bei Deinen Verwandten und Bekannten sind unzählige Menschen, die, angewidert von dem Geschrei der KP- und SP-Presse, der Presse, die heute in überwiegendem Maße der Vertiefung des Bruderkrieges dient, diese Presse abbestellt haben.

Hier liegt Deine Aufgabe. Wenn Du Deinen „Funken“ gelesen hast, wenn Du Kraft und Erkenntnis daraus geschöpft hast, so leihe ihn Deinem Nebenmann. Sage ihm: hier ist eine Zeitung, die sich bemüht, den Anforderungen einer sozialistischen Zeitung zu genügen. Sage ihm: diese Zeitung ist wert, unterstützt zu werden; nein, es ist nötig, sie zu unterstützen, weil es in Deutschland keine andere Zeitung mehr gibt, die den Anforderungen einer sozialistischen Zeitung genügt.

Sage ihm: diese Zeitung verdankt ihre Existenz der Opferbereitschaft von Arbeitern und Sozialisten, ein Sozialist muß sie unterstützen; denn die Arbeiterschaft braucht eine gute Zeitung, und es ist schwer, eine von Kapitalisten oder ähnlichen Interessentencliquen unabhängige Zeitung über Wasser

Enthüllungen über die Vorgeschichte des 20. Juli.

Um die Kommunistenfreundlichkeit

des Herrn Staatssekretärs Abegg tobt im Augenblick ein Streit zwischen Bracht, einem Oberregierungsrat Diels, Abegg, Dr. Feder und dem „8-Uhr-Abendblatt“. Diels hat eine Unterhaltung amtlich angehört, die Abegg mit den beiden Kommunisten Torgler und Kasper gehabt hat. Das „8-Uhr-Abendblatt“ hatte nun eine Mitteilung veröffentlicht über eine Unterhaltung des Herrn Diels mit dem Rechtsbeistand Abegg: Dr. Ernst Feder. Deren Inhalt geht aus dem Dementi hervor, das Bracht der Abendzeitung als Auflagenachricht aufgenötigt hat:

1. Es ist nicht wahr, daß auf irgend einen Beamten ein moralischer Druck ausgeübt worden ist, um ihn zu Aussagen zwecks Beschaffung von Material über seine bisherigen Vorgesetzten zu veranlassen.

2. Die Angaben über die Aussagen des Oberregierungsrats Diels sind auch nach dem amtlichen Protokoll, das über seine Bekundungen aufgenommen worden ist, unklar. Die Behauptung, daß Oberregierungsrat Diels unlängst den Rechtsbeistand des Staatssekretärs Abegg, Rechtsanwalt Dr. Feder, in seinem Büro aufgesucht und ihm hierbei Mitteilungen über den Inhalt seiner Aussagen gemacht habe, ist ebenfalls frei erfunden. (1)

3. ... Der Staatssekretär Dr. Abegg (hat) ... bei der Unterhaltung mit den kommunistischen Abgeordneten Torgler und Kasper diesen zugeredet, Legalität nach Art der Nationalsozialisten zu betonen. Ob Staatssekretär Abegg dabei der Meinung war, daß die Kommunisten auf sein Zureden hin tatsächlich legal werden würden, oder ob sie die Legalität nur mit dem Munde „betonen“ sollten, ist in diesem Zusammenhang nicht von Bedeutung.

Zugleich veröffentlicht man amtlicherseits das Protokoll über die Bekundungen des Herrn Diels in bezug auf die Zusammenkunft: Abegg, Diels, Torgler, Kasper:

Abegg erklärte zu Beginn der Besprechung, daß das Reich mit dem Gedanken umgehe, nach Preußen einen Reichskommissar zu entsenden. In erster Linie werde als Grund angegeben, daß Preußen nicht in der Lage sei, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Hinzu komme der Ton, den die „Rote Fahne“ in den letzten Tagen angeschlagen habe. Abegg sagte dann, daß die Vertreter der republikanischen Parteien, insbesondere der SPD, leider völlig versagten. Seiner Meinung sei, daß die Kommunisten auf sein Zureden hin tatsächlich legal werden würden, oder ob sie die Legalität nur mit dem Munde „betonen“ sollten, ist in diesem Zusammenhang nicht von Bedeutung.

Zugleich veröffentlicht man amtlicherseits das Protokoll über die Bekundungen des Herrn Diels in bezug auf die Zusammenkunft: Abegg, Diels, Torgler, Kasper:

Abegg erklärte zu Beginn der Besprechung, daß das Reich mit dem Gedanken umgehe, nach Preußen einen Reichskommissar zu entsenden. In erster Linie werde als Grund angegeben, daß Preußen nicht in der Lage sei, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Hinzu komme der Ton, den die „Rote Fahne“ in den letzten Tagen angeschlagen habe. Abegg sagte dann, daß die Vertreter der republikanischen Parteien, insbesondere der SPD, leider völlig versagten. Seiner Meinung sei, daß die Kommunisten auf sein Zureden hin tatsächlich legal werden würden, oder ob sie die Legalität nur mit dem Munde „betonen“ sollten, ist in diesem Zusammenhang nicht von Bedeutung.

Zugleich veröffentlicht man amtlicherseits das Protokoll über die Bekundungen des Herrn Diels in bezug auf die Zusammenkunft: Abegg, Diels, Torgler, Kasper:

Abegg erklärte zu Beginn der Besprechung, daß das Reich mit dem Gedanken umgehe, nach Preußen einen Reichskommissar zu entsenden. In erster Linie werde als Grund angegeben, daß Preußen nicht in der Lage sei, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Hinzu komme der Ton, den die „Rote Fahne“ in den letzten Tagen angeschlagen habe. Abegg sagte dann, daß die Vertreter der republikanischen Parteien, insbesondere der SPD, leider völlig versagten. Seiner Meinung sei, daß die Kommunisten auf sein Zureden hin tatsächlich legal werden würden, oder ob sie die Legalität nur mit dem Munde „betonen“ sollten, ist in diesem Zusammenhang nicht von Bedeutung.

Torgler wirft lächelnd dazwischen: „Man wird wohl leider wieder die falschen Befehle finden.“

Abegg: „Ach, dafür wird schon gesorgt werden.“

Herr Feder indes teilt mit, tatsächlich habe ihm Herr Oberregierungsrat Diels spontan und ohne jede Anregung seinerseits in durchaus loyaler Weise erklärt, daß er niemals eine derartige Beschuldigung erhoben habe und daß von einer derartigen Handlungsweise des Herrn Staatssekretärs Abegg selbstverständlich keine Rede sein könne. Wenn jetzt die „zuständige preussische Stelle“ sich auf ihre Aktenprotokolle berufe, so werde man daraus den Schluß ziehen müssen, daß diese Protokolle den Tatsachen nicht entsprächen, und von Interesse dürfte die Feststellung sein, wie solche Protokolle zustande gekommen seien.

Durch ein Abonnement, durch gelegentliche Spenden kann jeder helfen.

Du selber nimm manchmal zwei oder drei Exemplare und verkaufe sie. Deinem Nebenmann, der eine ordentliche Zeitung sucht, machst Du damit eine Freude, wie Du mir eine Freude machen kannst, wenn Du bald von dem Beginn dieser Arbeit und ihren Erfolgen berichten kannst.

H. D.

Esperanto

in Handel und Verkehr.

Angesichts der großen Bedeutung, die einer internationalen sprachlichen Verständigung gerade für Sozialisten zukommt, sollten wir die Entwicklung des Esperanto besonders aufmerksam verfolgen und unterstützen.

Die Direktion der österreichischen Bundesbahnen hat eine Liste von Sprachen zusammengestellt, deren Kenntnis von den Bediensteten in internationalen Zügen gefordert wird. Unter diesen Sprachen befindet sich auch Esperanto. In Anbetracht des wachsenden Interesses für Esperanto hat die Direktion offizielle Esperanto-Kurse eingerichtet.

In der letzten Zeit haben wieder einige Städte Führer in Esperanto herausgegeben, u. a. Prag, Varna (Bulgarien), Laibach (Jugoslawien). Auch die Herbstmessen in verschiedenen Städten haben Prospekte in Esperanto herausgegeben.

In Wissenschaft und Technik.

Die Pharmazentengruppe an der medizinischen Fakultät der kaiserlichen Universität in Tokio hat ein Lexikon der Medikamente nach dem System der japanischen Heilmittelkunde u. a. auch in Esperanto herausgegeben.

Die polnische medizinische Zeitschrift „Kwartalni Kliniczny“ bringt hinter jedem Aufsatz eine kurze Zusammenfassung in Esperanto.

Mitte Juli hat in Paris ein internationaler Kongreß für Elektrizität stattgefunden, der sich u. a. auch mit der Einführung des Esperanto für die Normenbezeichnungen beschäftigte. Nach einer eingehenden Diskussion hat der Kongreß beschlossen, an die internationale Kommission für Elektrotechnik wegen Einführung des Esperanto in das offizielle Normenwörterbuch heranzutreten.

Luftvergiftung und Vergiftung der öffentlichen Meinung.

Behördliche Unwahrheiten über die Giftgasgefahren.

C. B. „Ich spreche vor sachverständigen Leuten; ich hoffe, daß mein Vortrag hier auf fruchtbaren Boden fällt!“ sagte Herr Polizei-Pharmazier Dr. Gemeinhardt (Berlin) am Freitag in Hamburg, als er vor vollem Saal seinen Vortrag über „Gasschutz und Luftschutz“ begann. Die „sachverständigen Leute“ waren Apotheker, Universitätsprofessoren der Chemie und Studienräte der Chemie.

Der Redner schilderte die Wirkung der verschiedenen Abwurfgeschosse: Brisanzbomben, Brandbomben, Bomben mit „Giftkampfstoffen“. Obgleich die meisten Zuhörer anscheinend ehemalige Kriegsteilnehmer waren, ließen sie sich widerspruchslos vorerzählen, die Giftgasbomben seien viel weniger gefährlich als die Brandbomben und Brisanzbomben. „Bei richtigem Verhalten kann man sich weitgehendst schützen... Die Giftgasgefahr tritt nach allgemeiner Ansicht stark zurück, weil man sich gegen sie gut schützen kann!“ Und dann berichtete der Redner unter Einschaltung von Anekdoten, unter Beifallgelächter der Zuhörer, wie man Keller zu Schutzräumen ausbauen kann, wie der Hausmeister Brandbomben mit Hilfe von Sand unschädlich macht (!), wie die Entgiftungstruppe das einzige für längere Zeit gefährliche Gas, das Lost oder Senfgas, mit Wasser und Aetzkalk vernichten, und so weiter und so weiter. Er berichtete von dem „vorzüglichen Flugmelde- und -warndienst“, über den Hamburg verfügt. Er bezeichnete es als Aufgabe der Apotheke, die mit dem Publikum in Verbindung kämen, dem Giftkrieg „den Schrecken zu nehmen und für eine gute Propaganda des Luftschutzgedankens zu sorgen“. Als der Redner mit der Mitteilung schloß, der Luftschutz sei „geeignet, das Zusammengehörigkeitsgefühl im deutschen Volke zu stärken“, da quittierten die „sachverständigen Leute“ mit reichem Beifall.

Alles in allem: Der Giftgasabwurf ist die reine Parfümzerstörung. Einige Worte aus der lesenswerten Schrift „Giftgasinstruktion oder Völkerversöhnung in der Schule?“, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft pazifistischer Lehrer Hamburgs, möge zeigen, wie die Lage in Wirklichkeit ist: „3,5 Tausendstelgramm (!) Phosgen, in einer Minute eingeatmet, wirken tödlich. Es ist wie die Mehrzahl aller Kriegsgifte schwerer als Luft, sodaß die vor der Wirkung der Brisanzgeschosse in Kellern oder Unterständen Zuflucht Suchenden hier nicht weniger bedroht sind, es sei denn, sie gelangten in jene „ideale Gaszufluchtstätte“, um deren Entwurf sich das Rote Kreuz mit Hilfe eines internationalen Wettbewerbs (immer noch D. Red.) bemüht. Hier wären sie aber nur zugelassen, wenn sie nicht zu den Senfgasverseuchten gehörten. Der nach Stoltzenberg „hervorragendste aller Kampfstoffe“, das zu versprühende „Haut-, Augen-, Lungen- und Blutgift“, Lost, oder Senfgas macht „das verseuchte Gelände noch für Monate (!) unbegreifbar“. Empfohlen wird als Schutz der Gummianzug oder die Flucht. Wohin sollen wir dann aber fliehen, und wo bleiben? Immer im Unterstand, bis mit Stoltzenbergs Entseuchungsgeräten, etwa dem Riesensieb, „alle Lostüberreste restlos vernichtet“ sind? Jedes in den wärmeren Wohnraum verschleppte Teilchen Lost wirkt aufs neue als Atemgift, jedes Tröpfchen der versprühten Flüssigkeit brennt durch die Kleidung furchtbare Wunden. Die zartesten Häute und Körper sind am stärksten gefährdet. Die durch Giftgase erzeugten Krankheitsbilder gehören nach ärztlichem Urteil zu den erschütterndsten Zeugnissen menschlicher Qualen und — Brutalität. Wie schützen wir auch die vielen Tausende Hamburger Kleinkinder und Säuglinge, wie die Wöchnerinnen? Was wird aus den Insassen der Krankenhäuser und Altersheime? Wird man die

Irren und Zuchthäusler dann sich selbst überlassen oder in Freiheit setzen? ... Wenn aber — was sehr wahrscheinlich ist — ein „nationales“ Geheimlaboratorium doch einen neuen und durchdringenden Giftstoff erfunden und bereit hätte? Und wenn, wie das einer rationellen Kriegführung entspricht, die kombinierte Wirkung der Augen-, Lungen-, Haut-, Rachen- und Blut-Gifte mit der zerreißen Kraft der Brisanzgeschosse und dem 3000 Grad heißen Feuermeer der Thermit-Phosphorbomben vereinigt würde? Was bedeuten da Gasmasken? Was nützen bei diesen Spreng- und Brandzugaben Gummianzüge?“

Die Platte vom verhinderten Zugführer.

T.H. Die Kasseler Hitler-Versammlung am Donnerstag hatte etwa 15 000 Besucher, also bei weitem nicht einmal halb so viel wie im Frühjahr — und das, obwohl man diesmal die Dörfer Nord-Hessens und Süd-Hannovers zu mobilisieren gesucht hatte mit der Verheißung, auf allen Plätzen werde man HIN sehen können, und er werde eine programmatische Rede halten. Wer daraufhin eine Darstellung des Nazi-Programms oder auch nur der nächsten Pläne erwartet hatte, wurde enttäuscht: Hitler wiederholte die vielgehörte Zugführer-Rede. Im übrigen pocht er auf seine 13 Millionen Wähler, deren Sammlung er für seinen persönlichen Wert hält, und mit denen er unzertrennlich verbunden bleiben will. Ob und wann er die Macht ergreift, soll „der Allmächtige“ entscheiden, auf den er sich wiederholt berief. Mit den Arbeiterparteien beschäftigte er sich kaum, sondern mehr mit seinen ehemaligen Harzburger Bundesgenossen, deren Rat zum Nachgeben in bezug auf Mitarbeit er ablehnen müsse. Dabei meinte er, daß die Mißerfolge Pappens und der späte Termin der jetzigen Wahl den Nationalsozialisten zu Hilfe käme. Die Mißerfolge Pappens seien auch eine Bestätigung für die Richtigkeit seiner am 13. August geübten Abstinenz.

Im übrigen war Hitlers Rede eine einzige Schmeichelei für den kleinen Mittelstand, für die Handwerker, Angestellten, Beamten und Bauern. Diese kleinen Leute seien die Quelle des Aufstiegs und der Erneuerung. Eine Flucht dieser Kreise zu Hindenburg wird befürchtet; deshalb werden sie jetzt besonders warm von den Nazis umworben!

Rückkehr der NSDAP zur Illegalität?

In einer Wahlrede der NSDAP in Delmenhorst sagte der oldenburgische Ministerpräsident Röwer zur Reichspolitik: die Regierung verachte die Verfassung und werde illegal, falls sie auch nach dem 6. November keine Notiz von den Rechten des Volkes nehme. Dann aber werde auch Hitler von seinem Eide entbunden sein und nicht länger legal bleiben!

Die Wiedereröffnung der Wiener Universität vollzog sich in Ruhe. Wegen der Schlägereien, die zu ihrer Schließung geführt hatten, ist das Pedellkorps inzwischen erheblich verstärkt worden. Daß die nationalistischen Studenten nicht die Absicht haben, in Zukunft den Frieden in der Universität zu wahren, geht aus dem von ihnen erteilten Aufruf hervor, indem sie behaupten, die Ruhe in den Hochschulen würde erst eintreten, wenn das Studentenrecht und der „Numerus clausus“ durchgeführt werde.

Die Herrenklub-Gestalten

geistern wieder herum. Der „Vorwärts“ hatte einen Brief aufgefangen von Herrn von Gleichen, an einen ostelbischen Junker. Unter den in diesen Kreisen üblichen

Ist das die neue Methodo der Luftvergifter, daß sie die Gefahren des Giftkrieges verkleinern? Der Referent zeigte ein französisches Propagandabild, das die Schrecken des Luftangriffs anschaulich machte; dazu sagte er: „Das ist eine Propaganda, wie man sie nicht machen soll!“ Wahrscheinlich fürchten die Herren, daß dann der Kampf gegen den Krieg überhaupt zu sehr entbrennt, statt — was wohl der Hauptzweck all dieser Luftverpestungsveranstaltungen ist — die Industrie der sogenannten Abwehreinrichtungen anzukurbeln und den Nationalismus zu hätscheln!

Der Redner konnte leider auch mehrmals über die Mitarbeit des Arbeiter-Samariter-Bundes berichten.

Vor dem Kriege gab ein mutiger Hamburger Lehrer, Lamszus, ein Buch „Das Menschenschlachthaus“ heraus, das die Schrecken des Krieges nackt darstellt. Lamszus sollte sein Amt verlieren. Ein Entrüstungsturm der Hamburger Lehrerschaft verhinderte dies. Und heute? Wo bleibt der Proteststurm der Gebildeten? Und wo bleibt der Proteststurm der Arbeiterschaft?

Scharwenzeln um die Corpsbrüder, die schon einen Posten haben, fand sich auch die Bemerkung von einem „kleinen Gremium“ — das heute von Herrn von Gayl so erklärt wird, daß es sich hierbei um eine „Beratungsstelle“ handele, was bekanntlich „nichts Neues“ sei. Vor der Reichsreform würden die Länderregierungen „mit der Sache befaßt werden“. — „Das wird Herr Held bestätigen!“

Demokratie — Diktatur — Führerschaft.

Ueber dies Thema veranstaltete der ISK am Donnerstagabend im großen Saal der Sophiensäle, der trotz Verkehrsstreiks und Regenwetters überfüllt war, eine öffentliche Diskussionsversammlung.

Außer der Rednerin Maria Hodann vom ISK sprachen in der Diskussion Karl Emonts (SPD), Knuth (KPD), Heinrich Brandler (KPD-O), Hugo Urbahns (Leninbund) und Willi Eichler (ISK). Weitere Diskussionswünsche mußten wegen der weit vorgerückten Zeit zurückgestellt werden. Die Aussprache soll aber in der regelmäßig stattfindenden öffentlichen Aussprache des ISK fortgesetzt werden.

Da es sich an diesem Abend um einen wichtigen Versuch handelte, die Diskussion über politische Fragen in fruchtbarere Bahnen zu lenken, kommen wir in der Sonntagsnummer ausführlich darauf zurück.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Hamburg: am Sonnabend, dem 5. November 1932, im Volksheim, Hammerbrook, Sachsenstraße 21, kleiner Saal, um 20.15 Uhr. Thema: Demokratie — Diktatur — Führerschaft (Die Lehren der deutschen Revolution).

Freie Aussprache! Eintritt freil!

Mehr Humor als Franz Bracht bewies ein Einwohner von Berlin-Britz, der das Schild „Hüsungplatz“ wegen der zwickelähnlichen Form dieses Platzes mit der Bezeichnung „Zwickelplatz“ überklebte. Daraufhin adressierte ein Berliner eine Karte an einen dort wohnenden Bekannten mit „Zwickelplatz 3“. Natürlich kam die Karte an. — Vielleicht am meisten Humor bei der ganzen Zwickel-Geschichte hat der Beamte im Brachtechen Ministerium bewiesen, der sich den Zwickel ausgedacht und dieses Kuckucksei in Brachts Nost gelegt hat.

BRUNO GLUCHOWSKI
Hohlen-Kulis
REVOLTE AN DER RUHR (21)
COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 19

Sie sieht alles als eine Fügung Gottes an, als sie dann aber an ihren Mann denkt, der jetzt schwerverletzt im Krankenhaus liegt, kommt der Gedanke an den lieben Gott doch etwas ins Hintertreffen. Ihr guter Joseph, daß sie ihm nicht helfen kann. Immer hat er treu und brav gearbeitet und doch nicht die bittere Not von ihnen fernhalten können. Deshalb war er in den letzten Jahren so mürrisch und verbittert geworden, er, der früher so ein lustiger Kerl gewesen war. Und jetzt? Allo Nöte und Kummernisse der armen Frau machen sich in einem Tränenstrom Luft. Weihnachten — Weihnachten —, und der Mann, der Vater von acht Kindern, als halber Krüppel im Krankenhaus. Zuviel ist es, was ein armes, schwaches Weib zu tragen hat. Die Kinder schauen zuerst erschrocken auf, drängen sich dann um die Mutter. Einige weinen mit, andere bestürmen sie mit Fragen.

„Mutter, warum weinst du?“
„Ach, Kinder, fragt nicht, spielt weiter.“
Ueber ihren verschiedenen Beschäftigungen vergessen die Kinder bald das Weinen der Mutter. Sie wringt die letzten Teile aus der Wanne, macht das Badewasser fertig. Ein Kind nach dem anderen kommt in die Wanne, wird gebadet, bekommt ein reines Hemdchen an, glänzt vor Sauberkeit. Der Tisch wird an den Ofen gerückt, alle setzen sich drumherum. Anno stellt Teller auf den Tisch zum Abendessen. Der große Topf mit den Haferflocken kommt in die Mitte, daneben ein angechnittenes Brot und ein Tellerchen mit Margarine. Die Suppe wird aufgefüllt, jedes bekommt eine Scheibe Brot dazu. Das Tischgebet wird gesprochen, denn trotz ihrer Armut ist Frau Strugalski streng katholisch und hält auf alle Bräuche ihres Glaubens. Löffelgeklapper, Schlürfen und Schmatzen der Kinder ist die Tafelmusik zu diesem Festessen am Heilig-

abend. Nach dem Essen wird wieder gebetet, dem himmlischen Vater der Dank abgestattet.

„Mutter, kommt nun bald das Christkindchen?“ fragen die Kleinen erwartungsvoll.

„Nein, Kinder, dies Jahr nicht. Vater liegt im Krankenhaus und konnte es daher nicht bestellen.“

Einige weinen sich die Enttäuschung vom Herzen, andere dringen mit weiteren Fragen in die Mutter.

„Mutter, du hast doch das ganze Jahr gesagt: Zu Weihnachten, da kommt das Christkind, da werdet ihr euch aber freuen. Und das ganze Jahr haben wir uns gefreut darauf. Zu allen Kindern kommt es heute abend, warum denn aber nicht auch zu uns? Sind wir denn schlechter als andere Kinder, nur weil unser Vater im Krankenhaus liegt?“

„Kinder, fragt nicht soviel“, spricht die Mutter gequält. „Nächstes Jahr, da kommt es bestimmt.“

Aber die Kinder trauen diesem Versprechen nicht recht. „Wenn's dann bloß nicht wieder so ist wie dies Jahr“, sagt der älteste Junge.

„Geht ins Bett, Kinder, und betet, daß der Vater bald wieder gesund wird. Wenn er arbeitet, geht es uns wieder besser.“

Die Kinder müssen sich mit diesem Trost zufriedengeben, sagen der Mutter Gute Nacht, werden von Anne ins Bett gebracht. Die meisten weinen sich in Schlaf, werfen im stillen unzählige Male die Frage auf: Warum kommt das Christkind nicht auch zu uns? Aber eine befriedigende Antwort finden sie darauf nicht.

Bald ist es still im Hause. Anne spült das Geschirr weg, räumt die Küche auf.

Ihre Mutter sitzt am Herd, stillt das Jüngste, das schmatzend die Milch aus den welken Brüsten saugt. Gut, daß diese Milch nicht auch noch Geld kostet, denkt sie, sonst müßte das arme Wurm hungern. Als der Säugling satt ist, legt sie ihn in den Wagen, schaukelt ihn in Schlaf. Auch sie möchte schlafen, ist müde, ach, so müde. Aber wie soll man schlafen, wenn man soviel Sorgen am Halse hat? Was hat das ganze Leben überhaupt noch für einen Zweck? Man schleppt sich vierzig, fünfzig, vielleicht auch sechzig Jahre durchs Leben, bis man die Augen schließt zum letzten Schlaf. Dann

sind die Kinder groß, haben mit 90 Prozent Sicherheit das selbe Los zu tragen wie ihre Eltern, fluchen ihnen schließlich, daß sie sie auf die Welt gesetzt haben. Wofür hat man sie neun Monate in dem elenden, schwächlichen Leibe herumgetragen, sie unter Schmerzen geboren und sich doch gefreut, wenn sie den ersten, quäkenden Lebensschrei von sich gaben? War es nicht besser, man sorgte schon vorher dafür, daß sie erst gar nicht zur Welt kamen, in ein Leben hinein, das für sie doch nur Elend bedeutete? Halt, wie weit verirren sich ihre Gedanken. Eine schwere Sünde ist es, ein Verbrechen, was sie da denkt. Gottes Gebot und Wille ist es: Seid fruchtbar und mehret euch! Die Kirche droht der Seele ewige Verdammnis an, der Staat schreckt mit einem furchtbaren Gesetz, das den Körper trifft: Zuchthausmauern und eiserne Gitter drohen demjenigen für lange Jahre, der das keimende Leben im Mutterleibe tötet, dazu verhilft oder es an seinem Körper geschehen läßt. Wer wagt es unter solchen Gefahren für Leib und Seele, sich gegen die Kirche und den Staat aufzulehnen, ihre Gesetze zu übertreten? Frau Strugalski jedenfalls nicht. Und so schleppt sie ihre Bürde Jahr für Jahr. Anne ist mit ihrer Arbeit fertig, geht zu Bett. Ihre Mutter dreht das Licht klein, setzt sich wieder an den Herd und überläßt sich weiter ihren Gedanken. Weihnachtsgedanken sind es — aber keine freudigen.

Günthers Freunde sind in einem Zimmer der Menage mit der Ausschmückung eines Tannenbäumchens beschäftigt, putzen ihn aus mit rotbäckigen Äpfeln, bunten Glaskugeln, weißen Kerzen und silberglänzendem Engelshaar. Einige Kumpels aus Nachbarzimmern sind anwesend, geben gute Ratschläge zur Verschönerung des Baumes, rauchen Zigaretten, lassen eine Literflasche Schnaps kreisen. Auf einem Bett sitzen zwei Musikanten, von denen der eine Geige und der andere Bandoneon spielt. Sie warten alle nur noch auf Günther, damit die Weihnachtsfeier ihren Anfang nehmen könne.

„Wie gefällt dir der Baum?“ fragt Hans Döring, als Günther eintritt und seine Wurst in den Schrank verstaut.

„Gut“, spricht er, „sehr schön. Aber leider gibt es heute Menschen in der Kolonie, die auf jegliche Weihnachtsfreude verzichten müssen.“ (Fortsetzung folgt.)

Immer wiederkehrender Anschlag auf die Freiheit der Meinungsäußerung.

Der Reichspräsident Hindenburg hat auf Grund des Artikels 48, Absatz 2, der Reichsverfassung (die es offiziell noch gibt) alle öffentlichen politischen Versammlungen vom 6. bis einschließlich 19. November verboten! Vorgeblicher Zweck: „Entspannung der starken politischen Erregung“ der Wahlzeit und Ruhepause für die überlastete Polizei. Das nicht mehr unbekannt Verfahren nennt man „Burgfrieden“. — Die sächsische Regierung hat um Ausnahmegewilligungen gebeten, da am 13. November in Sachsen Gemeindevahlen sind.

Neuer Anschlag gegen die KP.

Rücknahme der Druckerlaubnis für die City-Druckerei.

Der Untersuchungsrichter des Reichsgerichts hat die der City-Druckerei, der Druckerei der „Roten Fahne“, erteilte Erlaubnis, auf ihrer Rotationsmaschine trotz der Beschlagnahme Druckschriften herzustellen, zurückgenommen, da die City-Druckerei angeblich gegen die ihr erteilten Auflagen verstoßen habe.

„Rote Fahne“ für acht Tage verboten!

Die „Rote Fahne“ teilt mit, daß der Verlag vom Polizeipräsidentium die Mitteilung eines achtstägigen Verbotes erhalten habe.

Als Grund des Verbots der „Roten Fahne“ und der „Welt am Abend“ gibt das Berliner Polizeipräsidentium „Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze und vorbereitende Handlungen zum Hochverrat“ an.

Auch die „Welt am Abend“ verboten!

Die kommunistische „Welt am Abend“ wurde ebenfalls für acht Tage verboten (bis einschließlich 12. November). Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Verbote erfolgten, um den BVG-Streik abwürgen zu helfen, der den Herren Papen und Genossen anscheinend ordentlich in die Knochen gefahren ist.

Preußen-Zentrum wieder koalitionsbereit.

Für Kabinettsneubildung durch den Landtag?

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des preußischen Landtages hat sich am Mittwoch und Donnerstag eingehend mit der Lage befaßt, wie sie infolge der Maßnahmen der Reichsregierung nach dem Leipziger Urteil in Preußen entstanden ist. Er ist mit dem Kabinettschef Braun der Auffassung, daß die Maßnahmen der Reichsregierung dem Sinn und Buchstaben des Urteils, insbesondere dessen Begründung, widersprechen. Der Vorstand der Zentrumsfraktion ist der Ansicht, daß es nun Sache des preußischen Landtages sei, möglichst bald durch Schaffung einer verfassungsmäßigen preußischen Staatsregierung — im Sinne der Begründung des Leipziger Urteils — dafür Sorge zu tragen, daß der Reichskommissar für Preußen bald der Vergangenheit angehört. Der Fraktionsvortrag sei bereit, alle dahingehenden Bestrebungen zu unterstützen!

Der preußische Landtag wird nach einer Vereinbarung im Aeltestenrat in der Woche vom 14. bis 19. November zusammentreten.

„Ein Reichskommissar darf machen, was er will.“

(Vorschlag für das Ausführungsgesetz zu Artikel 48.) Die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, daß der Reichskommissar für Preußen einen neuen großen Beamtenstab plane: 110 höhere und mehr als doppelt so viel mittlere Beamte, natürlich in erster Linie Republikaner, sollten beseitigt werden.

Gibt es denn überhaupt noch so viele Republikaner in wichtigen Posten?

Bayern will sich von der Meinungsfabrik des Herrn von Gayl etwas unabhängig halten. Es hat erklärt, daß es die ihm vorbehaltenen Anteile an der Reichsrundfunkgesellschaft anderweitig verteilt sehen möchte.

Planmäßiger Naziüberfall auf eingeladene Kommunisten.

P. M. Die NSDAP Köln-Aachen hatte durch Einschreibebrief die KPD in Köln aufgefordert, zu den „Arbeiterversammlungen“ der NS kommunistische Diskussionsredner zu entsenden, denen „persönlicher Schutz gewährleistet“ und dreiviertel Stunde Redezeit zugesichert wurde. In einer dieser Versammlungen in Köln-Ehrenfeld kam es zu folgenden Vorgängen:

Während ein sogenannter Rußlandfahrer (NS) die Stimmung gegen die Kommunisten wohl vorbereitet hatte, sollte der kommunistische Redner zu Wort kommen. Aber schon nach den ersten Sätzen wurde er durch Rufe wie „Judenjunge“, „rausschmeißen“, „aufhängen“ und dergleichen gestört. Plötzlich griff der in Köln sehr bekannte Nazi Toni Winkelkämpfer ein und brachte die planmäßig erzeugte Wut der NS durch eine ganz kurze Hetzrede zum Ausbruch. Mit Stahlruten und Gummiknüppeln ging es dann bei ausgeschaltetem Licht über die Kommunisten her, die bedeutend in der Minderzahl waren, so daß dreizehn Arbeiter verletzt wurden, von denen zwei ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

Die Polizei hatte nur noch die saubere Aufgabe, die NS bei ihrem Abzug vor den empörten Arbeitern zu schützen, die sich inzwischen auf der Straße angesammelt hatten.

Hoffentlich ist dies das letzte Mal, daß Arbeiter sich auf die Zusicherungen dieser notorischen Schwindler und Wegelagerer verlassen.

Arbeiter haben in Nazi-Versammlungen nichts mehr zu suchen; denn um ehrliche Auseinandersetzungen geht es dort nicht.

Nazi-Regierungspräsident und Bombenattentäter.

Der von seinem nationalsozialistischen Vorgesetzten gewaltsam aus dem Amt entfernte deutschnationale Bürgermeister von Eutin, Stoffregen, äußerte sich über die Gründe für seine Amtsenthebung: die nationalsozialistische Fraktion des Stadtparlaments habe vergeblich versucht, während der Ermittlungen über die Eutiner Bombenattentate dem Bürgermeister die Polizeiverwaltung zu entziehen; er habe es auch abgelehnt, dem nationalsozialistischen Regierungspräsidenten über eine wegen der Bombenaffäre vorgenommene Verhaftung, deren Geheimhaltung ihm von der Staatsanwaltschaft zur Pflicht gemacht worden sei, Auskunft zu geben.

Der Verlauf des Reich-Länder-Konflikts.

Die Reichsregierung hat zu Heids Rede Stellung genommen.

Diese werde von der Reichsregierung nicht als Sensation empfunden. Bei dem Telefongespräch am Sonnabend habe Heide keine scharfen Ausdrücke gegen Papen gebraucht, sondern nur gegen einen Teil der Berliner Presse (der wie die „Börsezeitung“ in einem fort die Reichsregierung zum Einschreiten gegen Bayern aufputschte. Red.). In der Regierungserklärung werden dann die alten Versprechungen noch einmal unterstrichen und durch die Hinzufügung bereichert, diese Versprechungen seien eingehalten worden: es werde Herrn Heide der Entwurf zur Reichsreform vor der endgültigen Entscheidung des Reichskabinetts wirklich vorgelegt werden. So weit sei es aber noch nicht. Einstweilen würde nur die Politik Preußens mit der des Reichs in einheitliche Bahnen gelenkt.

Und der bayerische Gesandte von Preger, sei durch Staatssekretär Planck über die bevorstehenden Maßnahmen eingehend unterrichtet worden.

Bayern stellt richtig.

Papens Versuch, Heide Lügen zu strafen, wird von diesem zurückgewiesen: die bayerische Regierung läßt mitteilen, daß vor der entscheidenden Sitzung des Reichskabinetts am 28. Oktober (in der über die Neuorganisation der preußischen Ministerien entschieden wurde) Bayern über die beabsichtigten Maßnahmen nicht amtlich unterrichtet worden sei. Während der Kabinettsitzung habe aber die „BZ am Mittag“ bereits über die neuen Pläne berichtet. Nach der Sitzung sei Herr von Preger beim Staatssekretär Planck gewesen; der habe ihm nichts weiter mitgeteilt, als in der „BZ am Mittag“ stand und habe ihn auf den Artikel verwiesen.

Außerdem versicherte Planck: eine organisatorische Verbindung zwischen Reichs- und preußischen Ministerien werde nicht stattfinden. (Bekanntlich hat sie inzwischen doch stattgefunden — ein Beweis wiederum, was von den Zusicherungen derer um Papen zu halten ist. Red.)

Erst auf Drängen der bayerischen Regierung ist am Sonnabend, nachdem alles beschlossen war, Preger durch Papen informiert worden.

Otto Braun beschwerte sich

in einer Erklärung vor der Presse am Donnerstag vor allen darüber, daß die Reichsregierung der loyalen Durchführung des Leipziger Urteils Schwierigkeiten über Schwierigkeiten

bereite. Die Amtsenthebung des preußischen Staatsministers sei als widerrechtlich festgestellt worden; also müsse es in seine Aemter wieder eingesetzt werden und seinerseits dem Reichskommissar den Raum zur Verfügung stellen, den er zur „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“ brauche. Die Beschränkung der preußischen Staatsregierung auf die Räume des Wohlfahrtsministeriums gehe nicht an.

Wenn man so mit Verfassung und Recht umspringe, leiste man der Autorität einen Bärendienst. (Das sollte Braun kalt lassen. Red.) An der „Gottgewolltheit“ seiner Sendung sei schon einmal ein anderer gescheitert.

Braun will seine Beschwerde auch schriftlich bei Hindenburg anbringen mit der Bemerkung, daß das preußische Staatsministerium nochmals in Leipzig klagen werde, wenn nicht Hindenburg Herrn von Papen zur loyalen Durchführung des Leipziger Spruches veranlasse.

In einer Regensburger Versammlung am Donnerstag, demontierte Heide in der Presse aufgetauchte Nachricht, daß er einlenke: Von einem Brief an den Reichskanzler, den man ihm als Entschuldigungsschritt in Berlin ausgedeutet habe, wisse er nichts, obensowenig habe ein Telefongespräch in dieser Richtung stattgefunden.

Heids Ziel.

Im übrigen kam in der Regensburger Rede sehr deutlich zum Ausdruck, daß es Heide bei seinem Kampf gegen Papen nicht um die Verteidigung der Republik geht (von Sozialismus natürlich nicht zu reden), sondern ausschließlich um die Selbständigkeit Bayerns: Den Staatsgerichtshof habe Bayern nicht angerufen wegen der schönen Augen des sozialistischen preußischen Ministerpräsidenten, sondern in der Sorge, daß Bayern morgen passieren könne, was Preußen gestern beschieden war. Die ganze Ungeheuerlichkeit liege darin, daß das Reich in ein Großpreußen umgewandelt werde, sodaß die Minister der Länder nur mehr Handlanger der Reichsminister wären. Bayern verlange Sicherungen und entsprechende Reservatrechte, damit es nicht auch in dem preußischen Schnappsack verschwinde.

Der Reichsratsausschuß

für Verfassungs- und Geschäftsordnungsfragen hat am Donnerstag getagt. Eine Vollsitzung des Reichsrats zur Besprechung der Verfassungsfragen soll doch erst in der nächsten Woche stattfinden (die bereits unter politische Betrühe gesetzt ist).

Das Hugenberg-Gift.

Material für künftige Kriegsschuldprobleme.

He. Der deutschnationale Schönerl-Verlag hat in seiner Zeitschrift „Die Woche“ ein Sonderheft „Volk und Wehr“ herausgegeben.

Geleitwort vom Herrn Reichswehrminister v. Schleicher persönlich: „Ohne nationale Sicherheit nach außen keine innere Freiheit unseres Volkes. Ohne wehrpolitische Gleichberechtigung Deutschlands keine Wiederkehr des Vertrauens in Europa.“

Das wagt ein deutscher Minister heute zu schreiben, nachdem die deutsche Außenpolitik mit ihrer Gleichberechtigungsforderung das „Vertrauen in Europa“ aufs schwerste erschüttert, und die deutsche Innenpolitik die „innere Freiheit“ der deutschen Arbeiterschaft unerträglich beschnitten hat!

Es folgt ein Aufsatz des Generals von Hammerstein, des Chefs der Heeresleitung: „Manöverlehren.“ Nicht was der Herr General gelernt hat, teilt er uns in erster Linie mit, sondern was er das deutsche Volk hat

Das Königsberger Sondergericht beschäftigt sich weiter mit den Nazi-Terrorakten vom 1. August in Königsberg, d. h. einstweilen immer noch mit den Lappalien dieses Tages, diesmal mit Fenstereinschlagen, Irreführendem Alarmieren der Feuerwehr, Verprügeln eines Antifamannes. Am Donnerstag wurden vier Nazis zu Gefängnisstrafen von 5 bis 9 Monaten bestraft. Von der gerichtlichen Verfolgung der Bombenattentate gegen Zeitungsgebäude und der Revolverattentate gegen Arbeiter-Funktionäre hört man noch nichts.

Der berüchtigte Heines steht unter Anklage

der Begünstigung des versuchten Mordes vor dem Sondergericht in Schweidnitz. Der Prozeß begann am Donnerstag. Es handelt sich um das Attentat auf den sozialdemokratischen Redakteur des „Proletarier“ in Reichenbach (Schlesien) in der Nacht zum 9. August. Bei diesem Attentat platzte die Bombe des SA-Mannes Jaehnke zu früh und zerriß ihn. Hauptangeklagte sind drei Nazis, wegen versuchten Mordes in Tateinheit mit Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz.

Wo Heines ist, ist Terror: Schweidnitz wimmelt von SA, die von auswärts dorthin kommandiert worden ist; Redakteur Paechke, das Ziel des Attentats, der als Nebenkläger auftritt, wurde auf der Straße verfolgt und mußte unter polizeilichem Schutz in sein Hotel gebracht werden.

Wieder 31½ Jahre Arbeiterleben zerstört.

Die Große Strafkammer in Verden verurteilte am Freitag vier sozialistische Arbeiter unter Anwendung der Terror-Notverordnung zu folgenden Zuchthausstrafen: den Arbeiter Hartje, den Klempner Junker und den Arbeiter Mülle aus Walsrode zu je zehn Jahren; den Maurer Rothardt zu einundhalb Jahren.

Es handelt sich um einen Zusammenstoß am 25. August in Walsrode. Die Angeklagten behaupten, von SA-Leuten angegriffen worden zu sein; die SA-Leute behaupten, von den Angeklagten angegriffen worden zu sein. Aus der Urteilsbegründung ist bisher nur die Behauptung bekanntgeworden, daß die Schuld der Angeklagten erwiesen sei, und daß sie provoziert hätten. Es ist nichts darüber gesagt, ob das Gericht diese Behauptung auf andere Beweise als auf die Nazi-aussagen stützt.

lehren wollen: „Herbstübungen sind endlich dazu berufen, Brücken des Vertrauens zu schlagen zwischen Volk und Wehrmacht. Kein Heer legt größeren Wert auf dieses Vertrauen als unser Reichsheer, das durch den Vertrag von Versailles künstlich vom Volkskörper getrennt werden sollte. . . . Solcher Augenschein spricht deutlicher als das gedruckte Wort für die Notwendigkeit unseres außenpolitischen Kampfes um die Gleichberechtigung.“ Propaganda für deutsche Aufrüstung!

Eine graphische Darstellung: In die Karte Europas sind in jedes Land Soldaten, Kanonen, Tanks, Flugzeuge eingezeichnet, deren Größe der Bewaffnung des betreffenden Landes entspricht. Die Nationen und Tanks von England, Belgien, Frankreich, der Schweiz (!), der Tschechoslowakei, von Polen und Litauen sind angriffslustig gegen das unschuldig weiße Deutschland gerichtet. Aus welcher statistischen Angabe hat der Zeichner das entnommen?

Generaloberst von Seeckt beklagt sich darüber, daß der Militäretat ein „beliebtes Objekt für Abstriche“ sei und daß erst kürzlich wieder „der Wert eines Panzerkreuzers dem von Kinderspeiungen entgegeng gehalten wurde“. Er empfiehlt die Aufrüstung als einen Weg zur Arbeitsbeschaffung. Daß es andere und bessere Arbeitsmöglichkeiten gibt als die Vorbereitung von Mord und Zerstörung, für die er die Steuern deutscher Arbeiter verwenden möchte, scheint er nicht zu wissen oder nicht wissen zu wollen.

Rührende Bilder von gemütlichen Kasernenräumen, eine Bildersammlung: „Deutsche Volkshelden. Aus dem Ehrensaal der deutschen Geschichte.“ Man denkt dabei unwillkürlich an den Titel des bekannten Buches von Eipper. Der Schütze Rübier erzählt von seinem ersten Manöver: „Wir kennen nur das eine Ziel: den Feind.“

Wenn es den Kriegshetzern gelingt, einen neuen nationalistischen Krieg zu entfesseln und es taucht dann wieder hinterher, wenn es zu spät ist — die Frage nach der Kriegsschuld auf, so wird man ein Schandwerk wie das vorliegende Sonderheft der „Woche“ nicht vergessen dürfen. Sozialisten, laßt uns dem Verbrechen, das in solcher Verhetzung liegt, heute schon mit aller Kraft entgegenreten!

Fluchtversuch aus der Öffentlichkeit.

Im Bullerjahn-Prozeß

vor dem vierten Strafsenat in Leipzig beantragte Oberreichsanwalt Werner am ersten Tage des Wiederaufnahmeverfahrens, für die ganze Dauer des Verfahrens die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit auszuschließen; das Gericht solle über diesen Antrag in geheimer Sitzung verhandeln, über die Beweggründe für seinen Antrag könne er, vor der Öffentlichkeit nicht sprechen.

Der Verteidiger Rosenfeld nahm gegen diesen Versuch energisch Stellung. Das Gericht entschied nach einstündiger Beratung: „Der Senat hält es nicht für geboten, die Öffentlichkeit für die ganze Dauer des Prozesses auszuschließen. Hierbei behält sich der Senat vor, die Öffentlichkeit von Fall zu Fall auszuschließen.“

Der von dem Nazi-Regierungspräsidenten abgesetzte deutschnationale Bürgermeister

von Eutin ist zur mündlichen Berichterstattung zum Staatsministerium nach Oldenburg berufen worden. Er soll ein paar Nazis „willkürlich und unpassend behandelt“ haben. — Im übrigen hat auch der Herr Bürgermeister, wie seinerzeit Severing, der Androhung von Gewalt Platz gemacht.

Schleicher kommt wieder! Reichswehrminister General von Schleicher hat seinen Urlaub in Badenweiler beendet und wird sich über Konstanz nach Berlin zurückbegeben.

Das Gesicht der herrschenden Klasse.

Die Junker-Regierung verschiebt

zu Ungunsten der Massen,
zu Gunsten der Besitzenden durch:

	Millionen Mark
Halbierung der Industriebelastung	100
Kauf von Aktien des Großspekulanten Flick (über Kurswert)	72,6
Ausgabe von Steuergutscheinen an die Zahler „produktionshemmender Steuern“	1522
Ausgabe von Steuergutscheinen für Neueinstellungen	700
Zinssenkung f. landwirtschaftliche Betriebe	210
Sanierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften	200
Erhöhung der Barauszahlungen im Ost-hilfegebiet	140
Kürzung der Erwerbslosenunterstützung	520
Kürzung der übrigen sozialen Leistungen	300
Beschäftigtenabgabe der Lohn- und Gehalts-empfinger	400

Aufhebung der Umsatzsteuerfreigrenze	100
Einführung der Salzsteuer	70
Verschiedenes	262
	4596,6

Dazu kommt die vorläufig noch nicht in Zahlen faßbare Belastung der Massen durch Zollerhöhungen und Verwendung von Haushaltsmitteln.

zu Gunsten der Massen,
zu Ungunsten der Besitzenden durch:

	Millionen Mark
Verschiedenes	160

Schon die heute mögliche Rechnung ergibt: Zu Ungunsten der Massen, zu Gunsten der herrschenden Klasse wurden rund viereinhalb Milliarden Mark, etwa 10 Prozent des deutschen Volkseinkommens verschoben.

H. H.

Deutsche Treue!

Wir entnehmen der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 822.23, vom 3. November) die folgenden Tatsachen:

Eine Firma hat aus Düngemittellieferungen von einem pommerischen Gut 20 000 Mark zu fordern. Für das Gut wird das Umschuldungsverfahren eröffnet. Die Firma ließ sich, um das schwebende Verfahren nicht zu stören, zu einer Verlängerung ihrer Wechsel veranlassen. Teilzahlungen wurden bereits für November 1931 in Aussicht gestellt. Sie erfolgten nicht. Der Gutsbesitzer verkaufte Siedlungsland; aus dem Erlös wurden 15 000 Mark für den Düngemittellieferanten hinterlegt, aber er bekam sie nicht. Später wurde ihm von der zuständigen „Landstelle“ (so heißen die unteren Verwaltungsorgane der Osthilfe) und von der Bank für Industrieobligationen wiederholt zugesichert, die Forderung von 20 000 Mark werde voll befriedigt werden. Die letzte solche Zusicherung erfolgte am 24. Juni. Die Firma erhielt nichts, vielmehr sie erhielt doch etwas: nämlich am 20. Oktober die Mitteilung, ein endgültiger Zahlungsplan sei noch nicht aufgestellt und irgend welche Zahlungen könnten nicht in Aussicht gestellt werden.

Zusagen, die in Junker-Angelegenheiten gegeben werden, sind offenbar nichts als ein Stück Papier, das nach großem Muster zerrissen wird.

So sehen diese Gesellen aus, die von deutscher Treue, von Treu und Glauben im wirtschaftlichen Verkehr reden. Durch fortgesetzte Untreue und durch Erzeugung von berechtigtem Mißtrauen legen sie das Wirtschaftsleben lahm und erweisen sich auch dadurch als die gefährlichsten Schädlinge, die es in Deutschland überhaupt gibt.

DEUTSCHLAND

Noch gibt es ordentliche gutgehende Unternehmungen: Die Werkzeugmaschinenfabrik Collet & Engelhard A.-G. (Offenbach am Main) hat im Geschäftsjahr, das am 30. Juni 1932 abließ, ihren Umsatz gegenüber dem Vorjahr trotz der Krise um 27 Prozent gesteigert. Der Verlustvortrag aus dem Vorjahr ist völlig getilgt. Der Auftragsbestand der Firma sichert die Beschäftigung bis zum Frühjahr 1933. — Alles die Folge davon, daß diese Firma sorgfältig durchkonstruierte neue Typen herausgebracht hat und ihre Einrichtungen wirklich rationalisiert hat.

Reichsbahn subventioniert das Großgrundeigentum: Obgleich die Bestände an Holzschnellen bei der Reichsbahn den vorliegenden Bedarf decken, hat sie sich doch entschlossen, für etwa 5 Millionen Mark Holzschnellen zu kaufen. — Nachdem die Reichsbahn sich bisher als Institut zur Subventionierung der Schwerindustrie bewährt hat, begibt sie sich also auf neue Bahnen in der Subventionsarbeit, auf den — Holzweg.

Reichsbank als Subventionsinstitut.

(Angaben in Millionen Mark)

	Gold	Devisen	Reichs-schatz-wechsel	Lombard-ford.	Wechsel, Schecks	Noten-umlauf	Giro-guthaben	Gesamt-Geld-umlauf
23. 10. 1931	1145	143	—	183	3667	4373	485	6050
31. 10. 1931	1145	131	—	240	4010	4746	518	6513
23. 9. 1932	782	146	11	103	2679	3505	358	5483
31. 10. 1932	796	133	39	242	2991	3755	451	5873
23. 10. 1932	797	137	23	85	2617	3519	377	5391
31. 10. 1932	817	123	39	198	2857	3620	389	5723

Die Deckungsbestände haben einen Zuwachs um insgesamt 6 Millionen Mark erfahren. Das war trotz großer Devisenansprüche für den Zinsdienst deutscher Auslandsanleihen (unter anderem der Dawes-Anleihe) möglich, weil die Reichsbank in der Lage war, russisches Gold für deutsche Mark zu kaufen. Also nur infolge besonders günstiger Umstände gelang es auch dieses Mal, die Gold- und Devisenbilanz günstig zu gestalten. Für die Zukunft verspricht man sich auf der Reichsbank wohl eine gewisse Erleichterung daraus, daß die Ausfuhr deutscher Waren gegen Bezahlung durch deutsche Auslandsanleihen künftig grundsätzlich verboten ist.

Der Zahlungsmittelumlauf ist um 150 Millionen Mark niedriger als vor einem Monat, um 171 Millionen Mark niedriger als vor zwei Monaten, um 780 Millionen Mark niedriger als vor einem Jahr. Das ist teils eine Folge verringerten Bedarfs, teils eine Folge vorrätiger Hortung von Noten. Das eine wäre ein Zeichen für Schrumpfung der Wirtschaft, das andere ein Zeichen für Rückkehr von Vertrauen. Ein bestimmter Schluß kann aus diesen Zahlen also nicht gezogen werden.

Die zusätzlichen Ausleihungen zum Monatsende machen nur 370 Millionen Mark aus. Ende August waren es 377 Millionen Mark. (Das September-Ende mit 480 Millionen Mark kann man zur Vergleichung nicht heranziehen, weil es sich da um einen Vierteljahresschluß handelt.) Auch wenn man die weiter zurückliegenden Monatsabschlüsse zur Vergleichung heranzieht, so ergibt sich, daß die Ausleihungen seit dem Amtsantritt der Junker-Regierung insgesamt nicht gestiegen sind.

Von Belegung also keine Spur!

Die Reichsbank konnte zum Monatschluß 107 Millionen Mark Silbergeld in den Verkehr pressen. Daß Zehn-Mark-Scheine bereits zur Seltenheit geworden sind, weil alle öffentlichen Kassen den Auftrag haben, sie nicht in den Verkehr zurückzugeben, ist bereits bekannt. Neuerdings werden nach Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ sogar Zwanzig-Mark-Scheine dem Verkehr vorenthalten, damit mehrl Silber in den Verkehr gepreßt werden kann. Das sind übelste Methoden zur Verschleierung der wirklichen Lage. Ueberdies ist der Silberschleier sehr durchsichtig! Alle, die nur etwas im Bilde sind, wissen: Die Erhöhung des Silbergeldumlaufes dient zur Frisierung des Prozentsatzes für die Notendeckung; das Reich läßt sich gleichzeitig von der Bevölkerung in Gestalt von Münzgewinnen eine „zinslose Zwangsanleihe“ geben. Offen zu handeln, wäre auf die Dauer wahrscheinlich auch klüger!

Man spricht von einer bevorstehenden Diskontsenkung auf 3½ Prozent. Der Landbund fordert sogar: auf 3 Prozent. Eine Diskontsenkung wäre wie die vorangegangenen vor allem zu bewerten als erhöhte Subvention an die bereits subventionierten Betriebe. Es fragt sich aber darüber hinaus, ob sie geeignet wäre, das Bild zum Guten zu wenden. Wenn der inländische Kredit wesentlich billiger wird als der ausländische Stillhaltokredit (er kostet zur Zeit 4½—5 Prozent), so wächst die Gefahr, daß die zur Verfügung stehenden ausländischen Kredite nicht voll ausgenutzt werden und die Kreditberechtigten es vorziehen, von der Reichsbank Mark zu leihen und dafür Devisen zu kaufen. Andererseits ist es fraglich, ob zum Beispiel die Sparkassen dem Reichsbankvorbild mit einer Zinssenkung folgen könnten, ohne die Ersparnisbildung in gefährlichem Maße zu hemmen. Es ist daher keineswegs sicher, ob man sich in der Reichsbank zu einer Diskontsenkung entschließen wird; es ist auch nicht sicher, ob die Reichsregierung darauf drängen wird.

Die Reichsbank hat inzwischen ein ganz anderes Mittel zur Belegung ausfindig gemacht:

Die Reichsbank hat sich bereit erklärt, Wechsel auch dann zu diskontieren, wenn sie den normalen Anforderungen nicht entsprechen — die heute „normalen“ Anforderungen sind bereits sehr gering! — und Steuergutscheine als Nebensicherheit gegeben werden.

Und zwar will die Reichsbank die Steuergutscheine dabei mit 95 Prozent ihres Nennwertes als Sicherheit gelten lassen. Der Kurs der zuerst fälligen Scheine ist zur Zeit rund 90 Prozent; die Beleihung bei der Reichsbank, an die bisher allein gedacht wurde, könnte nur zu 75 Prozent des Kurswertes erfolgen, würde außerdem den höheren Lombardsatz der Reichsbank (5 Prozent, bei einem Diskontsatz von 4 Prozent) kosten.

Da sind die neu angebotenen Bedingungen wesentlich günstiger! Wer Steuergutscheine hat, fabriziert irgendwo Wechsel (sie dürfen ja anormal sein!) und leiht sich so fast in voller Höhe der Steuergutscheine von der Reichsbank Geld zu 4 Prozent. Er bekommt so das

Geld fast umsonst geliehen;

denn die Steuergutscheine sind bekanntlich ab 1. April 1933 mit 4 Prozent verzinslich; genauer: der Einlöschungskurs für die jeweils fällige Serie beträgt am 1. April 1934: 104 Prozent, am 1. April 1935: 108 Prozent u. s. w.). Dieses Verfahren können natürlich nur die großen Firmen einschlagen, die mit der Reichsbank unmittelbar im Geschäftsverkehr stehen. Kurz: Die Reichsbank wird immer deutlicher zu einem Subventionsinstitut!

Rpt.

Wir stellen vor:

„Ein Liebling des Landwirtschaftsministeriums.“

Vor dem Erweiterten Schöffengericht zu Magdeburg ging dieser Tage ein Prozeß zu Ende, der gute Aufklärung über das Leben und Wirtschaften eines Großagrarsiers und auch über seine Beziehungen zu staatlichen Behörden gab.

Angeklagt war der in deutschen Fachkreisen als Viehzüchter geschätzte Amsrat Fick; sein Verteidiger behauptete von ihm, er sei der „ausgesprochene Liebling des Landwirtschaftsministeriums“.

Herrn Fick wurde vorgeworfen: 1. Konkursvergehen, 2. versuchter Betrug gegenüber der Preußischen Domänenbank, dem Bankverein Artern und einem Dampfflugunternehmer.

Der Staatsanwalt beantragte wegen Konkursvergehens 300 Mark Geldstrafe, wegen des versuchten Betruges an der Domänenbank 3 Monate Gefängnis.

Das Urteil lautete: „Der Angeklagte wird wegen Konkursvergehens an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von 2 Monaten und 2 Wochen zu einer Geldstrafe von 1000 Mark verurteilt. Im übrigen erfolgt Freisprechung!“

Aus dem während des Prozesses erörterten Sachverhalt heben wir hier das Interessanteste hervor:

In den Jahren 1902—1910 hatte der Angeklagte sich auf den ihm gehörenden Gütern in der Nähe von Stendal (Altmark) ein Vermögen von rund 100 000 Mark erworben. Er pachtete dann das 1200 Morgen große Gut Othal im Kreis Sangerhausen, wo er in der Hauptsache Viehzucht betrieb. Im Jahre 1927 mußte er dieses Gut räumen. Bereits 1925 pachtete er in der Nähe Magdeburgs zwei Domänen. Zu dieser Zeit hatte er ein Vermögen von 500 000 bis 600 000 Mark, das zum Teil in seinem Zuchtviehbestande im Werte von rund 250 000 Mark, zum anderen Teil im Inventar des Gutes Othal bestand. Die Pachtung einer weiteren Domäne im Jahre 1927 führte angeblich zum Konkurs, der im Februar 1931 erfolgte.

Die Erörterungen der Vermögensverhältnisse dieses Agrarsiers, der unter anderem stellvertretendes Mitglied des preußischen Staatsrates, des Provinziallandtages und führendes Mitglied des Landbundes war, war deshalb besonders schwierig, weil der Angeklagte in den ersten Jahren seiner Wirtschaft keine genaue Buchführung hatte und auch für die jüngste Zeit seine Angaben nur auf Karteiblättern vermerkte; die Eintragungen dort sind zudem sehr unklar. Vertretern der Preußischen Domänenbank sowie des Bankvereins Artern, die von ihm genaue Aufstellungen über seine Schulden verlangten, gab er nur mündliche Auskunft, wobei er die Zahlen fast ausschließlich aus dem Gedächtnis hersagte. Es wurde nachgewiesen, daß die so

angegebenen Schulden um 100 000 bis 200 000 Mark hinter der Wirklichkeit zurückblieben.

Die Schuldenlast betrug im Jahre 1925: 125 000 Mark, Ende 1927: 550 000 Mark.

Im Juni 1928 hatte er 1 220 000 Mark Schulden. Die Höhe dieser Schuldenlast blieb fast nahezu unverändert bis zum Konkurs, obwohl die Betriebe jährlich Ueberschüsse von ungefähr 300 000 Mark abwarfen.

Dies ist kein Wunder angesichts der Lebensführung dieses „notleidenden“ Agrarsiers. Das Privatkonto Ficks schloß ab für 1928/29 mit einem Verbrauche von 41 900 Mark, zu denen noch 18 000 Mark Reisekosten kamen, für 1929/30 mit 33 900 Mark, dazu 22 000 Mark für Möbelanschaffungen und 11 500 Mark für Reisen. Eine vier- bis fünfwöchige Reise mit einer Freundin kostete „nur“ rund 3000 Mark. Die Freundin erhielt monatlich 150—200 Mark sowie viele wertvolle Geschenke.

Interessant ist das Kapitel Möbelanschaffungen für das im Jahre 1927/28 errichtete Herrenhaus auf der Domäne Tundersleben. Den von der Regierung angefertigten Bauplan überschritt der Herr Amsrat; er legte Parkettfußböden, versah die Küche mit Kachelwänden, errichtete einen Wintergarten und anderes mehr. An Baukosten bewilligte die Regierung nachträglich insgesamt 73 000 Mark, weitere 30 000 Mark will der Angeklagte noch haben. Die im Jahre 1927/28 gekauften Möbel hatten zusammen einen Wert von 110 000 Mark, hiervon blieb der Angeklagte rund 30 000 Mark schuldig. Einzelne Posten betragen: 1 Salon: 8000 Mark, ein Speisesaal: 13 000 Mark, ein Herrenzimmer nach „antikem Motiven aus dem Vatikan“: 9100 Mark, eine Bücherei in florentinischer Renaissance kostete 7400 Mark. Der Zeuge, der diese Angaben mitteilte, erklärte, daß er dies nicht als Luxus ansehen könne!

Nicht ganz klar ist die Rolle, die die Preußische Domänenbank spielte. Im Jahre 1925 erhielt Fick den ersten Kredit in Höhe von 200 000 Mark. Ein weiterer Kredit in Höhe von 100 000 Mark wurde zurückgezahlt. Bereits 1927 bestanden bei den Leitern der Preußischen Domänenbank Bedenken gegen Ficks Wirtschaft; er erhielt jedoch weitere Kredite.

Im September 1929 erreichte der Kredit bei der Preußischen Domänenbank eine Höhe von 650 000 Mark. Und dies alles, ohne daß der Angeklagte jemals eine schriftliche Vermögensaufstellung abgegeben hatte!

Man vergleiche damit die hochnotpeinliche Untersuchung der Verhältnisse von Erwerbslosen, ehe diese ihre 2 bis 15 Mark je Woche erhalten! Aber, wie der als Zeuge vernommene frühere preußische Finanzminister Dr. Klepper — er gehörte 1927 zum Vorstand der Preußischen Domänenbank — durchblicken ließ, der Angeklagte spielte eine Rolle im Privatpächterverband und im Domänenpächterverband und da war man nicht so sorgfältig mit der Untersuchung. Die Domänenbank verschaffte sich im Frühjahr 1930 einen vollstreckbaren Titel über 200 000 Mark, pfändete aber nicht, sondern führte Sanierungsverhandlungen. Als Voraussetzung für den Erlaß eines erheblichen Teiles der Forderungen (über 200 000 Mark) sah man das Ausscheiden des Angeklagten aus dem Verwaltungsrat der Domänenbank und dem Vorstand des Domänenpächterverbandes an. Warum gerade diese Wünsche geäußert wurden, ist in dem Prozeß nicht klargestellt worden.

Alle die während des Prozesses klargestellten Tatsachen zeigen wieder einmal sehr deutlich, was von dem Geschrei vieler Großagrarsier über ihre „Not“ zu halten ist. Diese Herren sind wahrlich nicht befugt, sich als Vertreter der gesamten Landwirtschaft aufzuspielen! Und es ist für die Bauern dringend notwendig, sich von diesen „Führern der Landwirtschaft“ loszureißen und dann gemeinsam mit den Arbeitern den Kampf für eine gerechte Wirtschaftsordnung zu führen.

Willi Ebert (Magdeburg).

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarungen Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 262 B

BERLIN • Sonntag, den 6. November 1932

1. JAHRGANG

Die Streikfront wird breiter.

Der tödliche Biß. Zum 15. Jahrestag der Revolution.

Von Doris Vogel.

Unter allen Ansätzen, die den Befreiungsweg des Proletariats kennzeichnen, ragen zwei Ereignisse wie Riesenerker hervor: Das Kommunistische Manifest und die Russische Revolution von 1917. In beiden Werken lebt die Entschlossenheit, die die gesellschaftlichen Gegensätze auf die Alternative bringt: Leben oder Tod. Das Kommunistische Manifest war der Aufruf zu diesem Entscheidungskampf, die russische Oktoberrevolution die Antwort.

Der 15. Jahrestag dieser Revolution ist für uns weit mehr als ein Erinnerungstag. Er fällt in die Zeit, in der der westeuropäischen Arbeiterschaft, vor allem der deutschen, die Illusionen der Demokratie zerplatzen wie Seifenblasen im Novembersturm: Die vom Volk und für das Volk beschworene Verfassung, der Parlamentarismus, das auf diesem System gegründete Recht der Regierung, die Freiheit, sich zu organisieren, öffentlich zu reden und zu schreiben, das ganze Gebäude sogenannter Volksrechte ist unterhöhlt, es unterhöhlt, daß selbst das Urteil des höchsten deutschen Gerichtshofes diesen Einsturz nicht aufhält.

Das Nebeneinander dieser beiden politischen Tatbestände, die Existenz des Arbeiter- und Bauernstaates auf der einen Seite, die Beseitigung des politischen Einflusses der Sozialdemokratie auf der anderen, — die kein Weg mehr auf Deutschland beschränkt ist — scheint endgültig gegen die gesamte Politik der Sozialdemokraten zu zugen. Kann es einen sinnfälligeren Hinweis geben, als daß die Bolschewiken den 7. November von Staats wegen feiern, mit Ansprachen des Regierungschefs, der zugleich Generalsekretär der Partei ist, daß dagegen in Deutschland der Druck des Papen-Regiments nicht ernst verstärkt zu werden braucht, um Feiern am 9. November zu verhindern?

Dennoch ist die Lage unserer Klasse viel zu ernst, viel zu gefährlich geworden, als daß wir Sowjet-Rußland und Papen-Deutschland einfach neben einander stellen, das bengalische Licht voll auf den Kommunismus fallen lassen und die Bestattung der SPD anmelden.

Vor wenigen Tagen hat Severing in der Frankfurter Messehalle vor 20 000 Zuhörern die Politik des Preußen-Kabinetts verteidigt. Der Bericht in einer Berliner bürgerlichen Zeitung heißt: „Ovationen für Severing.“

Die KPD wird bei dieser Wahl Stimmen gewinnen. Das kann aber im Ernst niemanden darüber täuschen, daß dieser demokratische Zulauf die politische Aufgabe der Partei, die deutschen Arbeiter zur Abrechnung mit dem Klassengegner reif zu machen, eher erschwert als erleichtert.

Der Einfluß der kommunistischen Parteien in den anderen kapitalistischen Ländern Europas ähnelt dem Zustand in Deutschland: ein Zuwachs an Mitgliedern, an Wahlstimmen, aber ein chaotisches Wachstum, dessen innere Kräfte für Agitation und Propaganda vielleicht ausreichen, und für Demonstrationen und Massensammlungen, jedoch härteren Proben nicht standhalten. Und Sowjet-Rußland aber — es kämpft um Wohlstand und inneren Frieden und hat beides trotz ungeheurer Anstrengungen noch nicht erreicht.

Doch nicht hierin liegt die eigentliche Gefahr für das Proletariat, daß die sozialdemokratischen Arbeiter noch immer zu ihrer Partei stehen und der äußere Erfolg der kommunistischen Bewegung, ihre Führer und Mitglieder über die innere Macht des revolutionären Aufbaues täuscht. Sie liegt darin,

daß die Feindschaft zwischen den Parteien es dahin gebracht hat, daß es keinen Fehler innerhalb der eigenen Organisationen gibt, von dem man nicht von vornherein annimmt, daß er von den Fehlern der Gegenseite überboten wird, und — was schwerer wiegt — daß man sich darüber hinaus jeder Lehre, jeder Wahrheit verschließt, sobald sie von der Gegenseite kommt.

Es gibt zur Zeit in Deutschland kein politisches Ereignis, das in diesem Kampfe der Parteien gegen einander Einhalt zu tun; selbst die Stöße der Gegenrevolution hat dieser Haß mit seinem fressenden Gift überdauert. Der Austritt aus der SPD kommt nicht in Frage, weil der Uebertritt zur KP außerhalb jeder Diskussion steht — und umgekehrt (von einzelnen Fällen natürlich abgesehen). Und ein Zusammengehen der beiden Parteien kommt nicht in Frage, weil keiner der Führer der Parteien der anderen Organisation auch nur die Achtung entgegenbringt, sich mit ihr zu verständigen, irgend etwas an ihr zu billigen und darauf hin gemeinsam mit ihr Zwecke der Arbeiterschaft zu verfolgen.

So steht die Rechnung an diesem 7. November. Daran

Sympathiestreiks in Aussicht.

R. H. Trotz des Ultimatums der Direktion der Berliner Verkehrsgesellschaft konnte der Verkehr am Freitag nur in beschränktem Umfang aufgenommen werden und mußte infolge der bedrohlichen Haltung der Menge der Streikenden, Erwerbslosen und Sympathisierenden und wegen der ständig zunehmenden Sabotage bei Einbruch der Dunkelheit wieder eingestellt werden. Nach Angaben der BVG-Direktion haben sich nach Erlaß des Ultimatums, das am Freitag um 14 Uhr abließ und dann noch zweimal verlängert wurde, nur etwa 3500 Arbeitswillige eingefunden (von einer Belegschaft von rund 20 000 Mann!).

Die zentrale Streikleitung der Berliner Verkehrsarbeiter beschloß am Freitag abend, den Streik unter allen Umständen und verschärft fortzuführen und erklärte den Versuch, die Streikenden mit Hilfe der Entlassungsdrohung zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen, als vollkommen gescheitert. Folgende Forderungen der zentralen Streikleitung werden jetzt aufgestellt:

Der von der Direktion mit den Vertretern des Gesamtarbeiterverbandes vereinbarte Lohnabbau von 2 Pf. wird sofort zurückgezogen.

Die Direktion erklärt und verpflichtet sich, daß sie keinerlei Lohnabbau vornimmt.

Die Streiktage werden bezahlt, Maßregelungen finden nicht statt.

Die Polizei wird sofort zurückgezogen. Die verhafteten Streikenden und vor allem der der BVG angehörende bisherige Betriebsrat der BVG, Kater, werden freigelassen.

Im Laufe des Freitags kam es zu zahlreichen Zusammenstößen. Außer dem bereits gemeldeten Zusammenstoß in Schöneberg, bei dem ein SA-Mann getötet wurde, gab es noch einen Toten in der Brunnen-Ecke Usedomstraße, und zwei Tote bei einem erneuten Zusammenstoß in Schöneberg an anderer Stelle. Das Publikum sympathisiert großenteils mit den BVG-Arbeitern und begrüßt die Streikbrecher mit „Nieder!“, „Pfui!“ und ähnlichen Rufen.

Nicht zu überbieten an Gemeinheit der Berichterstattung ist der „Vorwärts“. In der Morgen-Ausgabe vom Sonnabend steht auf der ersten Seite ein Artikel mit der Überschrift:

„SA überputscht KPD!“, in welchem behauptet wird, daß Nazis und Kommunisten „in traumentem Verein“ Urheber der Krawalle und Sabotageakte seien. Es braucht nicht abgeleugnet zu werden, daß sich unter den Demonstranten für den BVG-Streik auch manche radikalistischen Elemente befinden mögen, denen der Krach mit der Polizei wichtiger ist als der Lohnkampf der BVG-Arbeiter, der nun mit Polizeigewalt abgezwängt werden soll, weil er den Herren von der Regierung jeden Kram paßt. Das Tollste aber, was sich der „Vorwärts“ leistet, sind folgende Sätze: „Eine neue proletarische Einheitsfront“ wird sichtbar... Adolf Hitler ist ihr Führer.“ So beschimpft aber der „Vorwärts“, genau wie das berüchtigte Flugblatt des Wahlkonzerns für Herrn v. Papen, jene Arbeiter, die mit den streikenden BVG-Kollegen Solidarität üben und gegen den Streikbruch demonstrieren. (Der „Vorwärts“ hat vergessen, daß sich über 75 Prozent der diensttuenden Belegschaft in geheimer Abstimmung für den Streik ausgesprochen haben, wobei nicht der geringste Druck ausgeübt wurde!) Auch die Aufgabe der Gewerkschaften, alle Arbeiter, welcher Partei und Weltanschauung sie sich auch zurechnen mögen, zusammenzufassen, zu organisieren, in ihrem Klassenbewußtsein zu stärken und energisch gegen jeden Lohnraub zu kämpfen, hat jenes Blatt vergessen! Künstlich regt es sich darüber auf, daß die Nazi-Arbeiter jetzt anscheinend mehr Klassenbewußtsein zeigen, als die SP-Führer und „Vorwärts“-Redakteure. Sieh darüber Gedanken zu machen und aufzuregen, wäre für den „Vorwärts“ gewiß angebracht gewesen!

Sympathieaktion der Berliner Müllabfuhr.

Sämtliche Arbeiter der Berliner Müllabfuhr haben am Sonnabend früh die Arbeit niedergelegt. Ein weiterer Streik steht bevor bei der Gasbetriebsgesellschaft („Gasag“), die einen großen Teil Berlins mit Gas versorgt. Eine Urabstimmung am Freitag ergab eine Dreiviertelmehrheit gegen jeden Lohnraub. Die Freien Gewerkschaften sind auch hier gegen den Streik und verhandeln mit der Direktion, statt die Führung zu übernehmen.

Nächtliches Stimmungsbild vor einem Berliner Straßenbahndepot

3 Uhr morgens etwa: Langsam nähern wir uns dem Depot. Je näher wir kommen, desto mehr Menschen bewegen sich auf der Straße, fast lautlos, aber alle entschlossen ausschreitend. An allen Ecken stehen Gruppen zusammen, marschierende Trupps bewegen sich langsam vorwärts. Von der Polizei ist zunächst wenig zu sehen. Plötzlich hören wir dumpfe Schläge wie ferne Schüsse: an einer Straßenecke entfernen einige Arbeiter Eisenstangen von einem Staketenzaum und füllen damit die Zwischenräume der Schienen aus. Kein Wort wird dabei gesprochen. An den Seiten der Gehwege sieht man hin und wieder aufgerissenes Pflaster, dessen Steine griffbereit liegen. So kommen wir vor das Depot selber. Ein Ueberfallwagen der Polizei steht vor den offenen Türen, hinter denen, noch in völliger Dunkelheit, die Straßenbahnwagen undeutlich zu erkennen sind. Nur vereinzelte kommen „Arbeitswillige“, meist Kontrolleure und Beamte in gehobener Stellung. Manche kommen in Taxen, einige im Zivilanzug mit großem Rucksack, in dem sich wohl ihre Dienstuniform befindet. Wenn einer der Arbeitswilligen an den außen herumstehenden Arbeitern vorbeischiebt, bekommt er halblaut Vorwürfe zu hören. Ein Radfahrer fährt langsam am Bürgersteig entlang, ohne uns anzusehen, sagt er halblaut vor sich hin: „Die ganze Streck entlang ist alles tadelloso bewacht.“ Plötzlich wird die große Wagenhalle erleuchtet, doch von irgendwelchen Arbeiten ist nichts zu sehen. Die Polizei wird nervöser, hält sich aber noch ziemlich zurück, Polizeiflitzer fahren hin und zurück, man hört, daß Verstärkung geholt werden sollte. Mit den Scheinwerfern werden die Straßen abgeleuchtet. Wir schlendern wieder durch die umliegenden Straßen vom Depot weg. Polizeipatrouillen kommen uns entgegen und mußten uns von Kopf bis Fuß, ohne uns jedoch anzuhalten; in den Hauseingängen stehen unbeweglich Doppelposten. Als wir über den Fahrdamm gehen, merken wir, daß die Schienen überall mit Steinen ausgefüllt sind, sodaß unmöglich ein Wagen die Geleise passieren kann. An einer

Weiche sind Straßenarbeiter mit Schweißen und Abschleifen der Schienen beschäftigt; man hat den Eindruck, als dauerte ihre Arbeit endlos; sehr begeistert scheinen sie unter den übervollständigen Umständen von ihrer Arbeit nicht zu sein. Da — vorhin brannten doch die Lampen noch taghell? Vor uns gehen wieder einige Lampen aus. Wir sehen auch im Zwielicht, wie jemand durch Fußtritt an den Kandelaber die Lampen zum Erlöschen bringt. In der Ferne erscheinen die Schatten einer Polizeitruppe, die in Reihen ausgeschwärmt sich nähert. Signalpfeife ertönen, die Laternenlöcher verständigen sich auf diese Weise und verschwinden wieder im Dunkeln. Es ist so dunkel, daß man kaum gehen kann, ohne irgendwo anzurennen.

Bürgerkriegsstimmung liegt in der Luft.

Als wir um die Ecke kommen, steht plötzlich eine Schupo-patrouille vor uns. Einer kommt schnell auf uns zu: „Hände hoch!“ Wir werden nach Waffen durchsucht und nach dem Zweck unserer nächtlichen Fahrt gefragt; als wir uns als Presseleute ausweisen, läßt man uns passieren. Wieder vor dem Depot: Nur wenige Arbeitswillige. Dagegen viele uniformierte Verkehrsarbeiter, die drohend nach den Toren starren. Sie werden gefragt, ob sie arbeiten wollen, und dann von der Polizei schroff auseinandergetrieben. Aber immer wieder sammeln sich die Trupps. Wir erfahren, daß in Schöneberg am Freitag nachmittag Barrikaden aus Pflastersteinen, Balken und Pflocken und sonstigen Baumaterial errichtet, daß die fahrenden Wagen mit Steinen beworfen oder sonstwie außer Dienst gesetzt wurden und bald mit kaputten Scheiben in die Depots zurückkehren mußten. An den Haltestellen standen Arbeiter und Erwerbslose und stimmten in „Nieder!“ und „Pfui!“-Rufe gegen den Streikbruch ein, sodaß kaum irgend jemand die gefährlichen Verkehrsmittel zu benutzen wagte. Wir gingen weg mit dem Bewußtsein, daß hier nur mit größten Schwierigkeiten ein Straßenbahnwagen durchkommen könne und der Streik Aussichten auf Erfolg hat.

vorbei sehen kann nur der, der gleichgültig geworden ist oder der das fragwürdige Talent hat, in jeder Katastrophe nur für sich selber noch einen Unterschlupf zu finden.

Aber gerade der 7. November ist ein Tag, der zu etwas anderem herausfordert, als nur dazu, die Bilanz der Gegenwart zu ziehen. „Die Nacht der Entscheidung“ — „Zehn Tage, die die Welt erschüttern“ — diese Schlagzeilen, die den Untergang einer ganzen Epoche in wenige Worte zusammenpressen, drängen die ganze Kraft der Besinnung auf die Frage, was das Proletariat an diesem Tag erreicht hat und wie diese Leistung möglich war,

und ob nicht dieses Ereignis eine Lehre enthält, die uns alle angeht, und die wir uns deshalb alle zu eigen machen sollten.

Die Erbitterung über den Bruderkampf und Hoffnungslosigkeit, die viele Arbeiter erfüllt, macht kurzfristig und läßt auch die Ereignisse aus dem Bewußtsein verschwinden, deren Größe dazu angetan ist, aus der Enge des Parteistandpunktes herauszukommen und sich auf einer gemeinsamen Plattform wieder zu begegnen.

Es handelt sich hier für unseren Zusammenhang nicht um die Frage Sowjet-Rußland, nicht um Parteidiktatur, Kol-

aktivismus, Politik der Komintern — die Erörterung dieser Probleme würde uns nur in neue Kämpfe verwickeln, da hier die Erfahrung eine noch zu verwirrende Sprache führt. Es handelt sich darum, ob in dem großen russischen Experiment eine Wahrheit lebendig geworden ist und sich bewährt hat, die nicht umstritten werden kann, und die darum jeden zum Nachdenken nötigt, der bereit ist, wie Lenin sagt, „ernste Dinge in aufrechter Haltung“ zu behandeln, gleich welcher sozialistischen Partei er angehört.

Es gibt eine solche Wahrheit in der Revolution von 1917: Sie läßt sich am kürzesten, am präzisesten fassen in Anlehnung an die Worte von Vera Sassulitsch über Lenin: „Er besaß den tödlichen Biß!“

Die russische Revolution hat dem Gegner, den sie treffen sollte, den tödlichen Biß beigebracht!

Sie hat den Zaren, die Generalität, die Großgrundbesitzer, die Unternehmer, die Popen durch den Griff nach dem Staatsapparat aus ihrer Machtstellung entfernt

und sie nicht wieder heran gelassen.

Sie hat das Land, die Grundlage der russischen Wirtschaft, in der ersten Nacht in die Hände der Werktätigen gelegt. Als Lenin das Dekret über den Grund und Boden in der Nachtsitzung vom 26. Oktober vorlas, saß neben der Krupskaja, der Frau Lenins, ein Mann von bäuerlichem Aussehen. Sie hat ihn beobachtet: „Sein Gesicht wurde vor Erregung gewissermaßen durchsichtig, wachähnlich, nur die Augen leuchteten.“

Mit der Uebereignung des Landes ist das russische Agrarproblem gewiß nicht erledigt gewesen; aber eins war erledigt und ist es bis heute: die Rolle, die die Feudalherren gespielt haben, ist ausgespielt.

Welches ist die Wahrheit, die die Bolschewiken erkannt haben, die an dem Beispiel der Agrarrevolution nur am sinnfälligsten wird, die aber für alle Zeiten, für alle Parteien gilt, ganz gleich wie ihre Programme, ihre Ideen im Einzelnen beschaffen sein mögen?

Frankreichs Abrüstungs-Plan. Dargestellt durch Paul-Boncour.

H. M. Der französische Kriegsminister Paul-Boncour hat am Freitag vormittag in Genf die seit langem angekündigte große Rede gehalten, in der die Einzelheiten des französischen Sicherheitsplanes bekanntgegeben worden sollten. Paul-Boncour erklärte, daß

der französische Plan in engem Zusammenhang mit anderen Regierungen ausgearbeitet

und auf den Ideen aufgebaut sei... die in den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz als Grundgedanken für die Abrüstungs- und Sicherheitsfrage hervorgetreten seien.

Kein Recht auf Neutralität.

Die Grundlage des französischen Planes bilden zwei Kreise von neuen Verträgen zwischen den Staaten.

Der erste Kreis gründet sich auf die Auslegung, die Stimson kürzlich dem Kellogg-Pakt gegeben hat. Stimson behauptete, dadurch, daß der Krieg außerhalb des Gesetzes gestellt worden sei,

seien alle Staaten verpflichtet, sich in internationale Konflikte einzumischen.

Auf Grund des Kellogg-Paktes habe kein Staat ein Recht auf Neutralität. Der französische Plan sieht daraufhin einen Ausbau des Kellogg-Paktes vor: die Staaten sollen verpflichtet werden, dem Angreifer jede wirtschaftliche Hilfe zu versagen und die gemeinsame Arbeit mit ihm abzulehnen.

Internationale Armee und Abrüstung.

Der zweite Kreis von Verträgen soll der Schaffung internationaler Sicherheit dienen, und zwar

gleicher Sicherheit für alle.

Diese Verträge sollen ausgehen vom Völkerbunds- und Locarno-Pakt, ohne daß diese textlich verändert werden. Zwei

Die Bolschewiken hatten begriffen, daß Rechtsfragen Machtfragen sind, und zwar in dem konkreten Sinn, daß es für den Aufbau einer neuen Ordnung keine größere Gefahr, kein größeres Verbrechen geben kann als die Ueberlassung von Machtmitteln in den Händen des Gegners.

Keine größere Gefahr, kein größeres Verbrechen!

Die deutsche Revolution ist nicht zerbrochen an dem Mangel eines klaren sozialistischen Programms, an dem Parteibuchsystem, an der Korruption in der Verwaltung und wie die anderen Fehler alle lauten, die man der SP vorrechnen kann — deren Korrektur wäre möglich gewesen, wenn man dem Gegner, der 1918 zitterte, seine politische, wirtschaftliche und geistige Macht genommen und damit die Vergangenheit zur Vergangenheit gemacht hätte.

Kein Ideal der Toleranz, der Volksgemeinschaft, der „Menschlichkeit“ rechtfertigt die politische Halbheit, deren sich die deutschen Revolutionäre schuldig gemacht haben, als sie die Vertreter eines Systems, das nachweislich auf Unrecht beruht, in Recht und Macht beließen. Die Einführung der sozialen Demokratie bedeutete nichts anderes als die Zulassung der siegreichen Gegenrevolution; die Wahrheit dieses Satzes wird an dem heutigen Wahltag von neuem demonstriert werden.

Auf einer so klaren, unabwiesbaren Linie sammelt die Betrachtung des russischen und deutschen Umsturzes alle, die die Befreiung der Arbeiterklasse wollen. Nicht die Verurteilung der gesamten sozialdemokratischen Politik, noch die generelle Anerkennung der bolschewistischen Staatsführung ist das Ergebnis unserer Betrachtungen, sondern ein sehr viel einfacheres Resultat, ein erschütternd einfaches Resultat, das seine Wahrheit hier anbietet:

Der Aufstieg der Arbeiterklasse setzt die Vernichtung des Gegners voraus.

Wird diese Wahrheit, deren Nichtbeachtung alle deutschen Sozialisten zu büßen haben, die Kraft in sich tragen, in Zukunft die deutschen Arbeiter zu sammeln?

schen „gewissen Staaten“, besonders den „europäischen Festlands-Staaten, die durch enge Nachbarschaft und Geschichte mit einander verbunden sind“, „deren beiderseitige Grenzen in den letzten Jahrhunderten oft überschritten worden sind“ (also, um uns aus diesen diplomatischen Verkläuterungen zu retten, hauptsächlich zwischen Deutschland und Frankreich) soll ein

Vertrag der gegenseitigen Hilfsmaßnahmen

abgeschlossen werden. Die Grundlage dieses Vertrages soll die Vereinheitlichung und Verringerung der nationalen Heere und die Schaffung einer internationalen Armee sein, die dem Völkerbund zur Verfügung steht.

Zwischen diesen beiden Forderungen sieht Paul-Boncour einen engen Zusammenhang: Die Beschaffenheit der internationalen Armee wird bestimmt durch den Grad der Abrüstung der nationalen Armeen. Die bisher größten Schwierigkeiten der Beschränkung der schweren Artillerie und der Tanks sollten so beigelegt werden, daß alles bewegliche Kriegsmaterial (auch die Luftstreitkräfte) im wesentlichen dem internationalen Heer zur Verfügung gestellt wird.

In bezug auf die Art der nationalen Abrüstung wurde nur gesagt, daß die Heere vereinheitlicht werden sollten. Jedoch müsse diese Vereinheitlichung von dem Gedanken ausgehen, daß „jede militärische Macht relativ ist und daher auch die Herabsetzung nur relativ sein kann“.

Die entscheidende Bürgschaft für den Frieden soll erstens im Bestehen der internationalen Streitmacht, zweitens in der Abschaffung der Berufsheere und drittens darin bestehen, daß nicht das gesamte Volk militärisch ausgebildet sein darf.

Wir haben im „Funken“ schon oft darauf hingewiesen, daß wir mit der Grundlage der französischen Abrüstungs-

politik prinzipiell einverstanden sind: In einer rechtlichen Gemeinschaft von Staaten ist die Schaffung einer internationalen Armee eine notwendige Forderung im Interesse der Sicherung des Rechts. Wenn wir trotzdem bisher nicht die Durchführung der französischen Pläne, sondern die völlige Abrüstung der Staaten gefordert haben, so geschah das deshalb, weil wir weder zum Völkerbund, noch zu einer Einzelmacht das Vertrauen haben, daß sie die ihr zur Verfügung gestellte Macht im Interesse des Rechts und in keinem anderen Interesse anwenden würde.

Diesen Einwand müssen wir auch angesichts des neuen französischen Planes aufrechterhalten. Was nützt zum Beispiel die an sich richtige Forderung, daß kein Staat sich einem Angreifer gegenüber neutral verhalten darf — auch wenn er selber nicht der Angegriffene ist —, solange das Wort „Angreifer“ nach Belieben ausgelegt wird.

Allerdings würde die Durchführung des französischen Plans — abgesehen von der gefährlichen Forderung der Ersetzung der deutschen Reichswehr durch eine Miliz — gegenüber dem heutigen Zustand einen Fortschritt bedeuten, weil immerhin die Beschränkung der nationalen Armeen einen Angriff erschwert. Eine hinreichende Sicherheit für den Frieden bietet ein solcher Zustand jedoch keinesfalls.

Englischer Luftabrüstungsplan.

Wahrscheinlich durch die Indiskretion interessierter Industrieller ist in der englischen Presse ein Luftabrüstungsplan bekanntgegeben worden, der augenblicklich dem Kabinett vorliegt. In diesem Plan wird die Abschaffung oder starke Herabsetzung der Bomben- und Kampfflugzeuge in allen Staaten gefordert, außerdem die internationale Kontrolle der Handelsfluglinien und die Begrenzung der Zahl der Privatflugzeuge durch ein für jedes Land geltendes Quotensystem.

Der Kabinettsausschuß für Abrüstung hat seine Arbeiten über den Plan beendet und dem Kabinett vorgelegt. Zwischen dem Außenminister Simon, der den Plan vertritt, und dem Kriegsminister, dem Ersten Lord der Admiralität, und sogar MacDonal selbst, die den Plan bekämpfen, bestehen noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten, die vielleicht sogar zu einer Kabinettskrise führen werden.

Um sich vor der Wirklichkeit des Planes zu schützen, haben 30 konservative Abgeordnete bereits eine Resolution im Parlament eingebracht, in der gefordert wird, daß die Regierung keine bindenden Verpflichtungen ohne vorherige Zustimmung des Parlaments eingeht.

Das Büro der Abrüstungskonferenz behandelt die Frage der internationalen Kontrolle und des Rechts der Kontrollinstanz, in allen Ländern Untersuchungen über den Rüstungsstand anzustellen. Während Frankreich und Polen dem Kontrollausschuß weitgehende Rechte einräumen wollen, will England diese Rechte möglichst beschränken.

Die Abkommen von Ottawa wurden im kanadischen Parlament mit 128 gegen 80 Stimmen angenommen.

Rumänien in der Klemme. Zwischen Völkerbundsbedingungen und Finanzkatastrophe.

Der rumänische Ministerpräsident berichtet am Freitag, das vom Völkerbund vorgeschlagene Finanzabkommen. Das Völkerbund hat Rumänien seine Hilfe beim finanziellen Wiederaufbau zugesagt — im wesentlichen nur eine technische Hilfe —, dafür aber ein weitgehendes Kontrollrecht für sich in Anspruch genommen. Der Ministerpräsident, Maniu, der diese Forderungen ursprünglich abgelehnt hatte, scheint unter dem steigenden Druck der Krise nachgiebiger zu werden und nur noch, zur Beruhigung der öffentlichen Meinung in Rumänien, einige unwesentliche Erleichterungen und Abänderungen der Völkerbundsbedingungen zu verlangen.

Die neue griechische Regierung, deren Ministerpräsident Tsaldaris ist, wurde am Freitag vor dem Staatspräsidenten vereidigt.

Der russische Außenkommissar Litwinow hat ein Schreiben des Völkerbundssekretariats erhalten, in dem die Sowjet-Regierung zur Teilnahme an der Weltwirtschaftskonferenz eingeladen wird.

Marxistische Arbeiter-Schulung.

Von Chi-yin Chen.

Im September habe ich an einem achtstägigen Einführungskurs der Marxistischen Arbeiterschule (Masch) teilgenommen. Es lag mir daran, von Marxisten selber über den Marxismus belehrt zu werden. Meine chinesischen Bekannten, die sich in unseren Gesprächen darüber beklagten, daß ich dem Marxismus nicht genug Verständnis entgegenbrächte, hatten mich an die Masch verwiesen.

Etwas Positives habe ich dort leider kaum gelernt. Aber es ist lehrreich, von dem Kurs zu berichten, um die Bedeutung einer solchen Schulung klarer ins Auge zu fassen.

In dem Schulungskurs wurden die grundsätzlichen Fragen behandelt auf wirtschaftlichem, philosophischem und politischem Gebiet. Aus jedem dieser Gebiete werde ich ein Problem nennen und berichten, wie es behandelt wurde.

Zunächst wurden die wirtschaftlichen Fragen behandelt. Der Lehrer berichtete über die wirtschaftliche Entwicklung von der Sklaverei-Wirtschaft bis zum modernen Kapitalismus. Nachher stießen wir auf die Frage, wer an der ganzen kapitalistischen Ausbeutung schuld sei.

Da sagte der Lehrer: An der ganzen kapitalistischen Ausbeutung ist die „freie Konkurrenz“ schuld. Deshalb muß sie im Sozialismus abgeschafft werden; im Sozialismus wird es dann keine Ausbeutung mehr geben.

Da erhob sich eine Stimme: Wann hat es denn im Kapitalismus „freie Konkurrenz“ gegeben, frei in dem Sinn, daß keine Art von Monopol sie behinderte? Wo kann also die „freie Konkurrenz“ an der Ausbeutung schuld sein?

Darauf der Lehrer: Freie Konkurrenz in diesem Sinne hat es sicherlich nicht gegeben. Aber es ist doch die „Konkurrenz“, die Unternehmer treibt, Arbeiter auszubeuten.

Schüler A: Im Kapitalismus sind sowohl Konkurrenz als auch Monopole vorhanden. Wieso meinst du, daß nicht die Monopole die Ursache für die wirtschaftliche Ausbeutung

sind, sondern daß es die freie Konkurrenz ist? Wie wirst du widerlegen, wenn man behauptet — und das behauptet ich! —, daß allein die Monopole die Ursache sind?

Schüler B zu A: Aber das ist doch wirklich nicht nötig, so an den Worten zu kleben und so scharf zu unterscheiden: hier ist „Konkurrenz“, hier ist „freie Konkurrenz“ und hier ist „Monopol“, und dann zu behaupten, daß die „Konkurrenz“ oder die „freie Konkurrenz“ oder die „Monopole“ die alleinige Ursache der Ausbeutung sind! Jedenfalls drücken die Kapitalisten die Löhne und damit beuten sie die Arbeiter aus, weil sie untereinander konkurrieren. Und im Sozialismus gibt es keine Ausbeutung, weil die Konkurrenz ausgeschaltet worden ist.

Schüler A: Diese Unterscheidung zwischen freier Konkurrenz und Monopol müssen wir machen. Wenn sich zeigt, daß eine Ausbeutung ohne Monopolverhältnisse unmöglich ist, ja wenn sie nur auf Grund von Monopolverhältnissen möglich ist, dann hat es doch keinen Sinn, sich darum zu bemühen, die Konkurrenz abzuschaffen.

Darauf der Lehrer: Dann sag mal, wie willst du denn die Ausbeutung beseitigen, wenn du die Konkurrenz nicht abschaffen willst?

Schüler A: Ich werde alle Monopole zerschlagen, damit die freie Konkurrenz wirklich hergestellt wird. Unter den Monopolen ist besonders wichtig das Bodenmonopol. Dieses Monopol kann in Deutschland zerschlagen werden, indem man die Getreidezölle herabsetzt oder ganz abschafft und den Großgrundbesitzern die Subventionen entzieht. Dadurch würde der Bodenpreis erheblich niedriger werden. Nach einer Berechnung von Oppenheimer können aus der Landwirtschaft in Deutschland noch 14 Millionen Menschen als landwirtschaftliche Bevölkerung unterhalten werden. Jedenfalls hört mit der Zerschlagung des Bodenmonopols die Landflucht auf; denn mindestens können dann die Bauernsöhne Land billig kaufen und auf dem Land arbeiten. Die Arbeiter, die vom Lande stammen und heute in den Städten als Arbeitslose leben und damit die Löhne drücken, werden bei geeigneter Siedlungspolitik zum Teil sogar auf das Land zurückgehen. Die Kapitalisten, die noch Arbeiter beschäftigen wollen, müssen also bessere Arbeits-

bedingungen anbieten, damit die Arbeiter es nicht vorziehen auf dem Land zu arbeiten. Auf diese Weise kann — nach Beseitigung der Reservearmee — die Ausbeutung am Lohn beseitigt werden. Wenn dann noch die anderen Monopole zerschlagen werden, zum Beispiel die Kartelle, Trusts und Syndikate, und wenn ferner weitere Zölle wegfallen, dann werden alle Waren erheblich billiger werden. Wenn das erreicht sein wird bei wirklich freier Konkurrenz, dann sehe ich nicht, wieso da noch Ausbeutung möglich ist.

Der Lehrer: Ja, aber Genossin, wer soll denn das tun? Du nimmst ja hier an, daß alle Menschen Engel sind; wäre es der Fall, dann hätten wir keinen Kapitalismus. Kapitalismus.

Schüler A: Nein, ich nehme gar nicht an, daß Menschen Engel sind. Uebrigens ist es eine andere Frage, die nicht hierher gehört, wer diese Aufgabe erfüllen soll. Der, der nach deiner Meinung die sozialistische Planwirtschaft durchführen kann, kann auch diese Aufgabe erfüllen.

Wir kamen zu der philosophischen Grundlage des Marxismus: der Dialektik. Unter anderem sagte der Lehrer, daß vom Kantischen Standpunkt gegen die Dialektik eingewandt werde, das Ding an sich könne nicht erkannt werden.

Warum ist dies ein Argument gegen die Dialektik, und was ist hier mit „Ding an sich“ gemeint?

Darauf der Lehrer: Alles, was wir sehen und als „Ding“ bezeichnen, ist, so behaupten die Kantianer, nur unsere Empfindung. Was die Empfindung angeregt hat, was also die Dinge in Wirklichkeit sind, das können wir nicht erkennen. Aber in Wahrheit ist das nur eine Frage des wissenschaftlichen Fortschritts. Nehmen wir ein Beispiel: Das Wasser. Was ist das Ding an sich vom Wasser? Ist es erkennbar? Kant sagt: „nein“. Und heute, wo die Naturwissenschaft so fortgeschritten ist, wissen wir: Das Ding an sich vom Wasser ist H₂O.

Aber warum ist H₂O das Ding an sich vom Wasser und nicht selber wieder nur Empfindung?

Auf diese Frage wurde keine klare Antwort erteilt. Einige Schüler protestierten, daß sie diesem Gespräch nicht folgen könnten und daß sie überhaupt noch nicht wüßten,

Demokratie - Diktatur - Führerschaft.

Ueber dieses Thema veranstaltete der ISK im großen Sophiensaal eine stark besuchte öffentliche Diskussion, in der nach einer einleitenden Rede der Genossin Hodann (ISK) eine Reihe anderer Genossen, denen die Rede vorher zugestellt worden war, zur Diskussion sprachen: Karl Emonts (SPD), Heinrich Brandler (KPD-O), Hugo Urbahns (Lenin-Bund), Willi Eichler (ISK).

Aus der Versammlung heraus meldeten sich drei andere Genossen: Bruno Knuth (KPD), ferner ein Genosse von der SAP und ein Genosse aus der Gruppe der Trotzkiisten. Jedoch reichte die Zeit nur aus, um dem Genossen von der KPD das Wort zu geben, da die Versammlung infolge der ausführlichen Diskussionsreden der übrigen Redner ohnehin bis beinahe 24 Uhr dauerte.

Die Genossin Hodann zeigte an Beispielen, daß selbst heute noch vielfach die Ansicht herrsche, die Demokratie sei für die Erreichung des Sozialismus notwendig. Aber die Erfahrungen der vergangenen 14 Jahre haben zur Genüge gezeigt, daß die Inhaber der Macht die Demokratie nur so lange achten, als sie ihnen nützt! Gerade die Demokratie ist es, die es der Reaktion ermöglichte, mit Hilfe der NSDAP so beträchtliche Massen hinter sich zu bringen; auf einem anderen Wege wäre ihr das schwerlich geglückt. Aber auch heute noch freut sich die SPD, daß ihr Papen noch einmal eine Wahl gestattet.

Wichtiger als diese bloß opportunistische Schätzung der Demokratie seitens der sozialdemokratischen Taktiker und anderer ist aber das grundsätzliche Problem. Aber gerade in der Demokratie werden den Feinden der Freiheit die Machtpositionen in besonderem Maße ausgeliefert, indem sie ihre Monopolstellungen durch Beeinflussung der Presse gar noch verstärken können. Die Diktatur einer Partei ist nötig, die die Richtung weist. Aber kommen wir nicht auch hier wieder zu einer Unterdrückung der Freiheit?

Es gibt keine äußere Kontrollinstanz, die uns vor Willkür schützen kann. Der einzige Schutz vor ihr besteht in der Festigkeit und Lauterkeit des Charakters, wodurch allein ein Machthaber sein inneres Verhältnis zu seiner Aufgabe aufrecht erhalten kann. Wer nur die Diktatur des Proletariats fordert, bedenkt nicht die Wichtigkeit des Charakters und seiner Erprobung. In der KP gilt zwar offiziell das Prinzip des demokratischen Zentralismus; aber tatsächlich bestimmt das ZK. Geschwunden ist sowohl aus der KP wie aus der SP die Freiheit der Kritik, die Sachlichkeit. Wer in diesen beiden Fällen sieht, wie die Führung versagt, meißt leicht, es liege hier an einem organisatorischen Mangel: einem Fehlen von Demokratie. Nein, es fehlt am Charakter der Funktionäre.

Der ISK hat sich zur Aufgabe gesetzt, eine Partei auf nicht-demokratischer Grundlage aufzubauen. Daher findet die Aufnahme von Mitgliedern nicht auf bloßen Antrag statt, sondern erforderlich sind: aktive Mitarbeit während einer gewissen Zeit, die Bürgerschaft von zwei Mitgliedern, die Erfüllung gewisser Forderungen (wie Austritt aus der Kirche). Die Forderung auf Zurückstellung eigener Interessen wird umso dringlicher erhoben, je wichtiger das Amt ist, das ein Funktionär bekleidet. Die Funktionäre erhalten nur die Mittel zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts; wenn sie hauptsächlich für den ISK tätig sind; sie erhalten keine materiellen Vorteile.

Die Freiheit der Kritik ist nicht nur gestattet; sondern die Genossen werden sogar zu ihr genötigt. Das kann jeder in den vom ISK veranstalteten Kursen kennen lernen. Da die Funktionäre allein verantwortlich sind für ihre Handlungen und sich nicht hinter ein Abstimmungsresultat verstecken können, sind sie auf kritische Genossen angewiesen. Damit ist eine Gewähr gegeben, daß kritische Genossen nicht abgesägt, sondern herangezogen werden.

Niemand kann sich heute darauf berufen, daß die Verhältnisse nicht reif sind. Sie sind sogar überreif; aber es fehlt — wie auch die Kommunisten mehr und mehr sagen — der „subjektive Faktor“. Es gilt nach Wegen zu suchen, um diesen Mangel zu beheben. Das ist die Aufgabe, die der ISK sich mit seiner Methode der Erziehung von Funktionären gestellt hat.

In der Diskussion sprach zunächst der Genosse Knuth (KPD). Er behauptete, daß Hodann eine falsche Rolle des Staats voraussetze. Die besten, tapfersten Proletarier wüchsen von selber in höhere Stellungen hinein. Der ISK behauptete, daß die Führer die Geschichte machen.

Der Genosse Emonts erklärte in seiner Diskussionsrede das Beharren der SPD an der Demokratie und ihre Koalitionspolitik als Folge der ganzen Entwicklung seit 1914. Nach all den Jahren der Koalitions- und Tolerierungs-Politik glitten diese Funktionäre selbst heute noch immer wieder in die alten Fehler zurück.

Zwar sei er weder autorisiert für die SPD zu sprechen, noch habe er Neigung dazu. Im Hinblick auf die Rede von Hodann erklärte er: Keine „Führerschule des ISK“ würde uns die Revolution „züchten“, wenn die objektiven Voraussetzungen dafür fehlten.

Diese Linie vertrat auch der Genosse Brandler (KPD-O). Er behauptete, Hodann habe die Demokratie lediglich formal aufgefaßt, unabhängig von ihrem Klasseninhalt. Die Klasse müsse von sich aus die Führung schaffen, aber das sei keine Sache der individuellen Führer-Erziehung. Er sei nicht gegen die Demokratie, sondern nur gegen die bürgerliche Demokratie. Er bestreite nicht die Wechselwirkung zwischen Führer und Masse. Aber nicht Lenin habe die russische Revolution gemacht, sondern die russische Revolution habe Lenin gemacht.

In dem gleichen Sinne sprach Urbahns (Leninbund). Der Fehler Hodanns sei der, daß sie meine, die Partei würde den Kampf gewinnen. Aber die Partei kann der Klasse den Kampf nicht ersparen; die Aufgabe der KP ist es, den Kampf zu führen. Wer Führer sein will, muß die Einheitsfront schaffen gegen die Reaktion. Um dieser großen Aufgabe willen sollten die Fortgeschrittensten sich im Querschnitt der Parteien zusammenfinden.

Eichler (ISK) stellte zunächst Irrtümer richtig, die in bezug auf Vorstellungen der ISK-Genossen über die marxistische Soziologie vorgebracht worden waren: Die ISK-Genossen sind in bezug auf die Beurteilung der Gesellschaft als einer Klassengesellschaft durchaus mit Marx einig und ebenso in der weiteren Erkenntnis, daß es für die Erreichung des Sozialismus nötig ist, den gesamten klassenmäßig organisierten bürgerlichen Staat zu zertrümmern und in der weiteren Erkenntnis, daß dazu wiederum die Proletarier aller Länder sich für den gemeinsamen Klassenkampf organisieren müssen. Was aber heute interessiere, sei gerade:

warum das Proletariat die objektiv wirklich reife Situation nicht nutze.

Natürlich könne man nicht ordentliche Führer wie aus einer Retorte genommen produzieren und sie dann in eine x-beliebige Situation hineinsetzen. Aber ebenso verkehrt ist es, zu meinen, eine revolutionäre und opfergewohnte Masse sei darum schon ohne weiteres einem mit allen Wassern gewaschenen Gegner gewachsen. Geführt werden müsse die Masse, und sie werde auch geführt — es muß also dafür gesorgt werden, daß verständige und ehrliche Funktionäre sie führten. Die Bemühungen um eine proletarische Einheitsfront, um diese in der Tat wichtigste tagespolitische Forderung, würden zum größten Teil sabotiert durch Funktionäre, die diesen beiden Anforderungen nicht genügen.

Hier sei der Punkt, wo die Funktionärschulung unmittelbar praktisch würde.

Im Hinblick auf diese und andere gemeinsame Aufgaben und die bevorstehenden gemeinsamen Kämpfe gilt es, dafür zu sorgen, daß wir Genossen wie Lenin und nicht solche wie Thälmann als Funktionäre haben.

Mit dem Gesang der „Internationale“ wurde die Versammlung geschlossen.

Der Verlauf des Abends hat gezeigt, daß es sich wohl lohnt, solche Veranstaltungen zu machen. Es war geplant, die Diskussion über politische Fragen so vorzubereiten, daß

sich etwas anderes daraus ergäbe als das allgemein übliche Herbeten der Glaubensbekenntnisse der jeweiligen Redner. Deshalb war die Rede vorher allen Diskussionsrednern zugestellt worden, sodaß sie in Ruhe die Antwort überlegen konnten, die sie auf die angeschnittenen Fragen geben wollten.

Selbstverständlich war es bei weitem nicht so, daß nun eine wirkliche Unterhaltung eingesetzt hätte — eine Aussprache mit Gründen und Gegengründen, Fragen und Antworten. Hier muß an Disziplin bei Rednern und Hörern noch vielerlei geleistet werden. Aber immerhin:

Der Anfang ist gemacht worden

zu einem Weg nicht nur der Aufstellung der vorhandenen Meinungen, sondern auch der Verständigung über sie; und gerade der Verständigung nicht nur über gemeinsame Ziele, sondern auch über gemeinsame Wege. W—er.

Die Wahlbombe der NSDAP.

Scheringers Freund geht wieder zu Hitler!

Der als kommunistischer Führer ziemlich bekannt gewordene Polizei-Oberleutnant außer Dienst Giesecke ist von der KPD zur NSDAP übergetreten. Giesecke hat innerhalb der KPD besonders für den Scheringerkurs Propaganda gemacht und wirkte als Vorkämpfer der Parole von der „nationalen und sozialen Befreiung“. Unter anderem war er auch der Herausgeber der Kampfschrift des Scheringer-Kreises „Der Aufbruch“.

Zur Begründung seines Austritts aus der KPD gab Giesecke eine Erklärung ab, die von der NSDAP zur Wahlpropaganda ausgeschlachtet wird. Giesecke schreibt darin, er habe im Ernst an die ehrlichen Absichten der KP geglaubt, als das ZK im August 1930 das „Programm der nationalen und sozialen Befreiung“ herausgab, seine Hoffnungen seien aber enttäuscht worden. Dieses Programm sei nur darum aufgestellt worden, um den NS Mitglieder wegzufangen. Heute müsse jedoch auch „der letzte Deutsche“ sehen, „daß es doch nur eine Gruppe im deutschen Volke gibt, die unverrückbar für diesen, jetzt von der KPD verlassenen (?) Gedanken der nationalen und sozialen Befreiung kämpft“, die NSDAP.

Es ist traurig, daß die KP wahllos solche Menschen in ihre Reihen aufnimmt. Aber noch trauriger ist die KP-Parole von der „nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“, die nur herausgegeben wurde, um den Nationalisten das Wasser abzugraben. Die KP hat dieses Ziel zwar nicht erreicht, aber die Köpfe der Arbeiter wurden verwirrt. Wenn sich ein Mensch verrückt benehmen will, dann wird er früher oder später doch dahin gehen, wo es den Wahnsinn in Reinkultur gibt, dann geht er wie Giesecke zur NSDAP. Dort gehören solche Menschen auch hin. In einer ordentlichen Arbeiterpartei sollte für solche Menschen kein Platz sein. Auch die kommunistischen Genossen werden nicht böse sein, wenn solche Menschen, die nichts gelernt haben, dort hingehen, wo sie hergekommen sind. Daß Giesecke nicht das Geringste gelernt hat, zeigt seine Achtung vor Hitler, den er als Führer bezeichnet, der „durch die Größe seiner Persönlichkeit (!) und untadelhaften Reinheit (!) seiner Motive (Telegramm an die Mörder von Potempa) einzig die Möglichkeit bietet, im letzten Augenblick der Reaktion Einhalt zu gebieten, unter dessen Fahnen die soziale und nationale Befreiung Wirklichkeit wird, dessen Bataillone allein für wahre Volksrechte kämpfen, für einen Staat nationaler Freiheit und Gerechtigkeit.“

Mögen die kommunistischen Genossen aus dem Fall Giesecke lernen. Nationalisten haben in der Arbeiterbewegung nichts verloren. Auch der Rummel um Scheringer war und wird nicht zum Vorteil der Arbeiterbewegung sein. Dieser Nationalbolschewist hat in einer internationalen Partei nichts zu suchen. Jede nationalistische Entgleisung sowohl der SP als auch der KP ist ein Fehler der Arbeiterbewegung. Oskar Schmitt.

BRUNO GLUCHOWSKI
HOHLEN-KULIS
REVOLTE AN DER RUHR (22)
COPYRIGHT 1932 BY FACKELEITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 19

„Wieso, wen meinst du?“, wird er gefragt. Er erzählt von seiner Begegnung mit Aenne Strugalski. Die Kumpels sind erst bestürzt, dann werden verschiedene Pläne entwickelt, wie man helfen könnte. Dem Plan Hans Dörings wird von allen Seiten zugestimmt. Dann ziehen sie mit Musik durch sämtliche Flure des Ledigenheims, laden die Kumpels zur Weihnachtsfeier ein. Der Tisch mit dem Bäumchen wird am äußersten Ende des Flures aufgestellt, auf Schemeln nehmen die Musikanten davor Platz. In kurzer Zeit ist der Flur voller erwartungsfroher Menschen. Die Kerzen werden angezündet, das elektrische Licht ausgeknipst. „Stille Nacht, heilige Nacht.“ Das alte Lied ergreift mit seinem eigenartigen Zauber die Herzen der äußerlich so rauh erscheinenden Bergleute. Aus vollen Kehlen braust ihr Gesang durch den alten Bau. Alte und junge fühlen sich um Jahre zurückversetzt, in die Zeit ihrer Kindheit. Weihnachten, Weihnachten, fern von der Heimat, von Mutter und Vater, von Brüdern und Schwestern, Weihnachten in fremdem Land. Alle sind heute abend weich gestimmt, Tränen glänzen in vielen Augen. Hans Döring hält eine Ansprache, die in die Worte ausklingt:

„Kameraden, Freunde! Einer von uns, ein Kumpel, liegt schwerverletzt im Krankenhaus, kann heute abend nicht bei seinen Lieben sein. Seine Familie leidet bittere Not, eine arme Frau und acht Kinder haben zu Weihnachten nicht mal satt zu essen. Kumpels, darf das sein? Ist es da nicht unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, zu helfen, wo wir nur können? Wir kommen nachher von Tür zu Tür und sammeln. Wenn jeder etwas gibt, kommt eine ganze Menge zusammen. Zu helfen und Not zu lindern, ist unsere Pflicht. Doppelt aber dann, wenn der Betroffene ein Kumpel ist, der Tag für Tag mit uns in die Grube fuhr, Not und Gefahren mit uns teilte und in Ausübung seines Berufes zum Krüppel geschlagen wurde. Denkt daran, Kumpels, einem jedem von uns kann dasselbe passieren, jeden Tag und jede Stunde.“

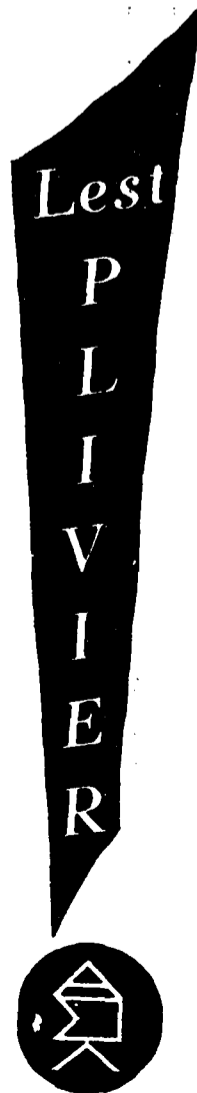
Seine Worte wurden von Beifall belohnt, keiner verschließt sein Herz dem dringlichen Appell. Auf allen Zimmern werden Spenden bereitgelegt, ein jeder gibt. Viele stammen aus Landgegenden, haben Weihnachtspakete erhalten, da gibt es sich doppelt leicht.

Eine Stunde später gibt es in der Knappenstraße ein großes Verwundern. „Stille Nacht, heilige Nacht“, klingen die Töne von Bandoneon und Geige durch die stille Straße, durch den dunklen Dezemberabend. Dreißig Männer aus dem Ledigenheim singen die Weihnachtshymne, singen sie um so freudigeren Herzens, als es hier gilt, armen Menschen eine Freude zu machen. Seltsam bewegt ist ihnen dabei zumute. In den Nachbarhäusern werden die Fenster geöffnet, lauscht man der Musik und dem Gesang, weiß sich dies-Weihnachtsständchen nicht so recht zu erklären. Aus den Küchenfenstern der Strugalskischen Wohnung dringt kümmerlicher Lichtschein. Hans Döring, als Weihnachtsmann gekleidet, mit altem Schafpelz und langen Stiefeln angetan, geht ans Fenster, klopft an, spricht mit verstellter Baßstimme: „Aufmachen, der Weihnachtsmann ist da!“

Ein erschrockenes Frauengesicht zeigt sich am Fenster. Die Haustür wird aufgeschlossen, Günther Gerling klärt die Frau über sein und seiner Kumpels Vorhaben auf, dann trappeln die Füße von dreißig Männern über die Steintreppe. Die Frau weiß noch gar nicht so recht, was eigentlich los ist, da beginnt schon Musik und Gesang. Aenne geht nach oben, weckt die Kinder.

„Was ist los?“ fragen sie, aus dem Schlaf gerissen.

„Christkind ist da“, erwidert das große Mädchen, während die Kinder vor Freude jubeln. Christkind ist da, das große Wunder ist geschehen. Sie werden nicht leer ausgehen, während alle anderen Kinder beschenkt werden, sie werden Weihnachten feiern. Aber noch größer werden ihre Augen, als sie nach unten kommen, in die Küche. Da stehen acht bunte Teller auf dem Tisch, voll-



gepackt mit allem, was ein Kinderherz zur Weihnachtszeit erfreut. Mit Äpfeln, Nüssen, Schokolade, Pfefferkuchen, Apfelsinen, Zuckerwerk. Und in der Mitte des Tisches steht ein riesiger Napfkuchen mit vielen Rosinen drin, und bei jedem Teller liegt ein kleines Spielzeug, das in der Eile in der Kolonie gesammelt wurde. Die Kinder wissen nicht, was sie vor Freude anstellen sollen. „Mutter, Christkind ist dagewesen“, jubeln sie in einmünd. Und der Weihnachtsmann mit dem langen, weißen Bart, der ist gar nicht so schlimm, wie er aussieht. Er scherzt mit ihnen, singt mit ihnen, nimmt die Kleinsten auf den Arm. Sie trinken Kaffee, essen von dem herrlichen Kuchen, Freude ist in aller Herzen. Die guten Onkels aus der Menage singen, machen Musik, spielen mit ihnen. Frau Strugalski geht ins Nebenzimmer, läßt sich auf einen Stuhl sinken und weint — weint. Aber diesmal ist mehr Freude und Dankbarkeit die Ursache ihrer Tränen. Günther Gerling und Hans Döring packen einen großen Reisekorb aus, den sie mitgebracht haben. Vor den Augen der staunenden Frau wächst auf dem Tisch ein Berg Lebensmittel empor: Brot, Butter, Schmalz, Speck, Wurst, Hülsenfrüchte, Kuchen, Backwerk, Gläser voll Eingemachtem und Honig, ein kleiner Rollschinken, einige Tafeln Schokolade, drei Flaschen Wein und eine Flasche Schnaps, die sie sofort für ihren Mann zu verwahren gedenkt. Dann legt ihr Günther noch eine Handvoll Silbergeld dazu. Die Frau sieht ihn erschrocken an, sagen kann sie nichts.

„So, liebe Frau Strugalski“, spricht Günther, „dies und die Lebensmittel haben wir unter uns Kumpels in der Menage gesammelt. Es wird Sie für einige Zeit vor der ärgsten Not schützen.“

Die Frau starrt auf das Geld und auf die Lebensmittel, kann nur mühsam ihre Fassung bewahren. Schluchzend spricht sie ihren Dank aus. „Wo wird mein Mann sich freuen, wenn er das erfährt“, sind ihre letzten Worte.

(Fortsetzung folgt.)

Um Arbeitsrecht und Brot.

Massenaktionen in England. Der Kampf in Lancashire.

H. M. Auch in dem am Montag ausgebrochenen Spinnerstreik in Lancashire ist die Streikfront geschlossen. Umso erstaunlicher ist es, wenn wir im „Daily Herald“ in Fettdruck lesen: „Die Vorstände des Spinner-Verbandes raten ihren Mitgliedern, das Abkommen, das eigentlich gestern hätte in Kraft treten müssen, durch Urabstimmung anzunehmen.“

Es handelt sich hier um das Abkommen, das nach wochenlangen Verhandlungen zwischen Arbeiter- und Unternehmerverbänden angenommen worden ist und eine 7prozentige Lohnsenkung vorsieht. Die Vertreter der Gewerkschaften führten diese Verhandlungen „mit dem ehrlichen Wunsch“ — so schrieben bürgerliche Zeitungen — „einen Streik zu vermeiden“. Am 23. Oktober erklärten sie sich darum mit der Lohnsenkung einverstanden. Die Entrüstung der Spinner zwang die Gewerkschaftsführer, über das Abkommen abstimmen zu lassen. 84 Bezirke stimmten dagegen, nur 38 Bezirke dafür. Am Montag begann der Streik.

Die Gewerkschaftsführer haben sich den „ehrlichen Wunsch“, den Kampf zu meiden, bewahrt. Es ist beschämend zu sehen, wie sie in der Front der schärfsten Gegner des Streiks stehen, wie in Zeitungen, die die Interessen der Baumwollfabrikanten vertreten, Erklärungen der Gewerkschaftsführer zu lesen sind, in denen diese sagen, die Gewerkschaften müßten ihre Dummheit, das veraltete Abstimmungssystem, das zum Streikbeschluß geführt habe, nicht geändert zu haben, teuer bezahlen, und sie würden sofort Schritte unternehmen, um eine Wiederholung solcher Fehler in Zukunft zu verhindern.

Um den Streik möglichst rasch zu beenden, soll eine Wiederholung der Abstimmung stattfinden. Im Statut der Gewerkschaften heißt es, daß die Fortsetzung eines Streiks einer Mehrheit von 80 Prozent bedarf. Die Gewerkschaften hoffen nun, daß diese Mehrheit nicht für den Streik zustandekommt.

Sie haben alle Möglichkeiten getroffen, um der Gewerkschaftsdemokratie in diesem Sinne nachzuhelfen. Der Spinnerarbeiter-Verband hat mit jedem Stimmschreiben ein Rundschreiben ausgehängt, das folgenden Wortlaut hat:

„Das Verbandskomitee ist sich darin einig, den Mitgliedern dringend zu empfehlen, gegen die weitere Fortsetzung des Streiks zu stimmen, da das Abkommen das beste ist, was gesichert werden kann und nur nach schwierigen und langwierigen Verhandlungen zustandegekommen ist.“

In einem anderen Rundschreiben wird darauf hingewiesen, daß „die Nichtratifizierung des Abkommens einen langen und hiteren Streik während der Wintermonate bedeuten würde und am Ende zu einem schlechteren Abkommen führen kann“.

Es kann aber auch zu einem besseren führen: dies wäre sogar wahrscheinlich, wenn die Führung des Streiks entschieden für die Forderungen der Arbeiter eintreten würde, statt Wortführer der Unternehmer zu sein; denn daß ein Abkommen das beste ist, was in Verhandlungen erreicht werden kann, beweist ja noch nicht, daß durch einen Streik nicht noch mehr zu erreichen ist. Die jetzt in Lancashire wieder geäußerte Furcht der Gewerkschaftsführer vor dem Kampf treibt einen Keil in die in England vorläufig noch ziemlich geschlossene Gewerkschaftsfront. Die Arbeiter verlieren das Vertrauen zu den Massenorganisationen und viele von ihnen geben infolgedessen den Kampf auf und ziehen sich zurück.

Der Hungermarsch.

Das geschieht besonders leicht, wenn die Arbeiter das jeder Einheitsfront widersprechende Verhalten der Kommunisten sehen. Die Erwerbslosen-Bewegung, die unter Führung der RGO steht, hat den Hungermarsch nach London unternommen, nicht weil sie sich etwas versprach, eine Bittschrift im Parlament einzureichen, sondern weil sie durch den wochenlangen Demonstrationstzug der Erwerbslosen durch ganz England die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf die miserable Behandlung der Erwerbslosen lenken wollte. Gegen diese Aktion ist nichts zu sagen.

Das offizielle Ziel der Aktion war, eine Delegation ins Parlament zu entsenden, die dort die Forderungen der Erwerbslosen vertreten sollte. Da die Kommunisten im Parlament keine Abgeordneten haben, ging McGovern, Abgeordneter der Unabhängigen Arbeiter-Partei, zu den Führern des Hungermarsches und erbot sich, für die Zulassung der Erwerbslosen-Delegation im Parlament einzutreten. Daraufhin erklärten die kommunistischen Führer — und die gesamte bürgerliche Presse berichtet darüber mit Behagen —, daß sie auf die Hilfe des Abgeordneten verzichten. Außerdem hätten sie gar nicht ernsthaft die Absicht, zum Parlament zu gehen. Das wird also von den Führern des Hungermarsches erklärt, nachdem sie den Arbeitern wochenlang gesagt hatten, daß sie ins Parlament gehen wollten! Sie versuchten dann am nächsten Tag, im Sturm die Banneile zu durchbrechen, ein Unternehmen, das selbstverständlich zu nichts anderem führen konnte, als daß die Arbeiter wieder einmal die Knüttel der Polizisten auf ihren Rücken gespürt haben.

Daß es beim englischen Proletariat nicht an der Kampfkraft der Massen fehlt, beweist der Spinnerstreik. Aber er beweist auch, daß die Führung fehlt, und die Art, wie die Kommunisten die Aktion des Hungermarsches geführt haben, zeigt, daß sie die Führung nicht übernehmen können.

Erfolgreicher Streik in Velbert.

Wl. Der fünfwöchige Streik bei der Firma Albert Küppersbusch ist beendet. Die Streikenden errangen u. a.: Wiedereinstellung von 63 Arbeitern gegenüber 90 der alten Belegschaft, zu Kurzarbeit von drei Tagen auf mindestens vier Wochen. Das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen. Die Lohnkürzungen laut Notverordnung finden keine Anwendung. Maßregelungen finden nicht statt.

Der erste Vorschlag der Firma lautete auf Einstellung von acht Arbeitern der alten Belegschaft. Zieht man in Betracht, daß vor Ausbruch des Streiks etwa 20 jugendliche Arbeiter für einen kurzfristigen Auftrag, der nun hinfällig ist, angenommen wurden, so kann man das Ergebnis als durchaus günstig bezeichnen, zumal das Wohlfahrtsamt sich bereit erklärte, die nicht Eingestellten in der nun einsetzenden Karenzfrist nach den geltenden Wohlfahrtsätzen zu unterstützen. — Ohne die aktive Hilfe der RGO wäre der Ausgang

zweifelhaft gewesen. Nach vorläufiger Schätzung sind nahezu 85 Prozent der Unterstützung auf Listen gezeichnet worden, die die RGO im Verein mit der Streikleitung herausgab. Die Friedenspflicht der Gewerkschaften machte sich hinderlich bemerkbar. Dagegen beteiligten sich die Freigewerkschafter einzeln an der Unterstützung der Streikenden. Neben einer ausreichenden Lebensmittellieferung wurden wöchentlich rund 900 Mark durch Sammlungen in Betrieben aufgebracht. Der Erfolg des Streiks ist nicht nur ein Sieg der Belegschaft der Firma, sondern darüber hinaus ein Sieg der Solidarität breiterer Arbeiterschichten.

Neue Streiks.

Streikbeschluß bei Kassa in Berlin. Eine gut besuchte Belegschaftsversammlung der Firma Kassa (SS-Kettenläden) in Berlin beschloß den Streik, falls die Verhandlungen über Rücknahme eines zehnprozentigen Lohnabbaus erfolglos ausgehen sollten. Bis zum Abschluß derselben übt die Belegschaft *passive Resistenz*.

Streik in einer Schmöllner Schuhfabrik. Die Schuharbeiter der Schuhfabrik Pucco in Schmölln in Thüringen sind wegen eines erneuten Lohnabbaus in den Streik getreten, nachdem die Firma erst kürzlich eine Lohnsenkung durchführte.

Lohnkampf in der Kasseler Basaltindustrie. Am 1. November trat die Belegschaft des Steinbruchs Helms der Kasseler Basaltindustrie in den Streik wegen eines geplanten fünfprozentigen Lohnabbaus für die 31. bis 40. Wochenstunde auf Grund der Papenschen Notverordnung. Gleichzeitig wurden einige betriebliche Forderungen gestellt. Dem Streikausschuß gehören Kollegen aller Richtungen auch Unorganisierte an.

Wieder Streik im Freiwilligen Arbeitsdienst! Gegen eine auf Veranlassung des Landesarbeitsamtes Berlin geplante Herabsetzung des Taschengeldes von 50 auf 30 Pfennige (angeblich um mit der Differenzsumme Winterkleidung zu beschaffen) trat die Belegschaft der Baracke Karsfeldt an der oberen Löcknitz bei Wittenberge in den Streik. Das Arbeitsamt und die „Technische Nothilfe“ als „Träger des Dienstes“ haben daraufhin das Lager aufgelöst und die Belegschaft von 40 Mann (vorwiegend „Jungstahlhelmer“) entlassen.

Die Porzellanfabrik Selmann in Weida will, obwohl die Verdienste der Porzellanarbeiter schon so niedrig sind, für die 30. bis 40. Stunde den Zeitlohn um 40 Prozent und den Akkordlohn um 36 Prozent kürzen. Die Arbeiterschaft hat beschlossen, das Arbeitsverhältnis zu kündigen.

Unterhaus-Debatte über Arbeitslosigkeit.

In der großen Unterhausdebatte über die Arbeitslosigkeit forderte Lansbury, der Führer der Labour-Party, u. a. folgende Maßnahmen zur Verringerung der Erwerbslosenzahl: Einsetzung einer internationalen Körperschaft zur Kontrolle der Währung, des Kredits, der Rohstoffbelieferung, der Regelung des Güterausstausches und einiger anderer Dinge. Außerdem soll noch eine englische Kommission eingesetzt werden und die Regierung soll eine Anleihe zur Arbeitsbeschaffung aufnehmen.

Ueber den Erfolg der bisherigen Arbeitsbeschaffungspläne, die während der vergangenen zehn Jahre in England durchgeführt worden sind, sprach der Arbeitsminister: Die Verschuldung der Gemeinden ist während dieser Zeit von 658 Millionen Pfund auf 1,2 Milliarden Pfund gestiegen, seit 1924 hat die Regierung 700 Millionen Pfund für Arbeitsbeschaffung ausgegeben. Im allgünstigsten Fall sind infolge dieser Aufwendungen 220 000 Arbeiter eingestellt worden!

Lottchen auf Dummenfang.

Es ist geradezu erstaunlich, welche Talente unsere Mitmenschen mitunter offenbaren. Da steht eine 25jährige Frau, Charlotte G. mit Namen, vor dem Richter, die auf uns einen durchaus nicht übermäßig vertrauenerweckenden Eindruck macht. Nichtsdestoweniger hat sie es verstanden, zahlreiche Verkäuferinnen um zum Teil recht erhebliche Summen zu schädigen. Und zwar auf folgende Weise:

Sie erschien in Läden der mannigfachsten Branchen, z. B. in Konfitürengeschäft, Bäckereien und Seifenläden und fragte die dort anwesende Verkäuferin, ob ihre „Mutti“ vielleicht schon hier gewesen sei. Den verständnislosen Fragen der Angestellten nach der vermeintlichen Mutter setzte die Angeklagte die Beschreibung einer Frau entgegen, deren Kennzeichen sie derart auszumalen verstand, daß die Verkäuferinnen zuletzt ganz beschämt einsahen, daß die „Mutti“ der jungen Dame eine gergesehene Kundin des betreffenden Geschäftes war. Hatte Frau Charlotte die Angestellte erst einmal soweit, dann setzte sie ihnen auseinander, sie habe sich mit ihrer Mutter gerade hier in dem Geschäft verabredet, um für ihren Vater, der als höherer Eisenbahnbeamter sein 50-jähriges Dienstjubiläum feiere, ein Geschenk einzukaufen. Nun aber — da ihre Mutter die Verabredung nicht innegehalten hätte — sei sie nicht im Besitze des erforderlichen Geldes und biete die Verkäuferin, ihr dasselbe einstweilen zu leihen.

Man sollte nicht glauben, daß sich immer Ladenfräulein fanden, die auf diesen Trick hereinfelen und der Angeklagten Beträge in Höhe von 10 bis 100 Mark gaben. Fragte aber mal eine der Darlehensgeberinnen etwas deutlicher wegen der Sicherheiten, dann wurde Lottchen wild und schrie, sie wolle auf der Stelle erblinden, wenn das Geld nicht auf Heller und Pfennig zurückgezahlt würde. Das half fast immer, und es ist anzunehmen, daß die Geschädigten, die bisher Anzeige erstatteten, lange nicht die einzigen sind, die der Angeklagten auf den Leim liefen. Die Dummen werden eben nie alle.

Die Angeklagte ist wegen Betrug wiederholt vorbestraft und hat noch zehn Monate Gefängnis, für die ihr eine Bewährungsfrist zubilligt worden war, abzusitzen. Trotzdem ließ sie aber nicht die Finger von ihrem ertragreichen Gewerbe, auch nicht, nachdem die Staatsanwaltschaft von ihrem Trick Wind bekommen und Anklage gegen sie erhoben hatte. Deshalb versagte ihr das Gericht mildernde Umstände und verurteilte sie wegen Betrug im Rückfall in Tateinheit mit Urkundenfälschung zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis.

Alle die Geschädigten aber, die heute ihrem verlorenen Gelde nachtrauern, sind nicht ganz schuldlos an dem Treiben der Angeklagten. Durch ihre außergewöhnliche Leichtfertigkeit ermöglichten sie es der jungen Frau, ihre gemeingefährlichen Taten lange Zeit hindurch fortzusetzen. Ob der Verlust des Geldes in Zukunft eine Warnung für sie sein wird? — Pit.

Das größte Schiff der Welt vom Stapel gelaufen

Am Sonnabend ist in Nantes die „Normandie“ vom Stapel gelaufen, der französische Luxusdampfer, der mit 70 000 Tonnen Wasserverdrängung das größte Schiff der Welt ist. Das Schiff kann 8400 Personen an Bord nehmen und hat über 120 Millionen Mark gekostet. Alles, um Frankreich den Ruhm einzubringen, das größte und schönste Schiff zu haben, das wahrscheinlich auch demnächst das „Blaue Band“ gewinnen wird. Vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus ist das Schiff vollkommen überflüssig.

Verantwortl. Schriftfeller: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: J. Lipmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Erstklassige Maßarbeit Herren - Anzüge Mäntel Damen - Mäntel Kostüme Tadellos Sitz	Das Haus der guten Schuhe H. Ebel Berlin N 65, Maxstr. 27 Reinickendorf, Residenzstr. 87/88 Telefon: D 6 Wedding 2388 Bel Vorzug. d. Inserates 5 1/2 Rabatt!	Freunde und Leser des „Funken“ Unterstützt Eure Zeitung! Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Korrigiert bei Eindrücken unsere Inserenten!
Schönheit MAGDEBURG Johannisbergstr. 10, III Stoffmuster vorrätig.	Anfertigung eleganter Damengarderobe und Reformkleidung J. Fürchtenicht Böttlingen, Nikolausberger Weg 87.	

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch kauft man gut und billig bei
Kurt Levy,
Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

„Haltet Euch gesund durch naturgemäße Kost“
Reformhaus Gesundheitsquelle
Berlin, Köpenicker Straße 96
BERLIN

KAMERA
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987
Der große Erfolg wegen 2. Woche verlängert!
Die off. Uraufführung des Sowkino-Films: **„Waldmensch“**
Regie: Alex Litwinow.
Beiprogramm: Uraufführung „Diamanten“, Neue Fassung „Fischering Nr. 8“, „Ressen des Urwaldes“, „Das Gesicht des Tieres“.
Anfangszeit: 18. 17. 19. und 21. Uhr.

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH
druckt Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen
Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 5471

Die Regierung Schleicher-Japen stützt sich nicht nur auf ökonomische Machtpositionen!
Um die ökonomischen und nicht-ökonomischen Machtpositionen dieser Regierung kennen zu lernen, ist es notwendig, die Grundlagen der heutigen Gesellschaftsordnung zu untersuchen.
In gedrängter, aber äußerst klarer Weise werden die Grundfragen des Gesellschaftslebens einfach und faßlich beantwortet in der Schrift:

Öffentliches Leben.
Von Leonard Nelson.
85 Seiten. / 0,60 M.
Aus dem Inhalt:
„Nur zwei Lager sind es, aus denen dem Recht seine Vorkämpfer stehen können: Zu diesem Kampf ist zunächst berufen, wer selber um sein Recht zu ringen hat, um so mehr, je mehr es ihm geschmälert wird... sodann aber, wer am meisten zu helfen willens ist — die Entrechteten einerseits und die Gebildeten andererseits. Wir brauchen, nach einem Wort von Karl Marx, um die Gesellschaft zu erneuern, ein Bündnis der Leidenden und der Denkenden, der Wissenschaft und des Proletariats.“
Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a
Postcheckkonto: Berlin Nummer 313 42

Endlich eine Reichshilfe für die Gemeindefinanzen.

Von amtlicher Stelle wird eine längere Mitteilung über Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden durch das Reich ausgegeben. Um zu vermeiden, daß die Wohlfahrtszahlungen ins Stocken kommen, werden mit Wirkung vom November ab unter anderen folgende Maßregeln getroffen:

1. Für den November wird die Zahlung aus dem Wohlfahrtsdienstlosenfonds gegenüber dem Oktober um fünf Millionen, das heißt auf 65 Millionen Mark erhöht.

2. Weiter werden in Durchführung der Vorschriften der Verordnung vom 14. Juni, wonach die Reichsregierung über Uberschüsse, die in der Arbeitslosenversicherung entstehen, zu Gunsten anderer Zweige der Arbeitslosenhilfe verfügen kann, für die Monate November 1932 bis März 1933 insgesamt 50 Millionen Mark, also 10 Millionen Mark monatlich aus Mitteln der Arbeitslosenunterstützung für die Wohlfahrtsunterstützung verwendet. Im November werden also für die Verteilung 75 Millionen Mark zur Verfügung stehen.

3. Der auf den Gemeinden lastende fortgesetzte Zustrom der Arbeitslosen soll dadurch vorübergehend gestoppt werden, daß in der Zeit vom 28. November bis zum 31. März Arbeitslose aus der Krisenunterstützung nicht mehr in die Wohlfahrtsunterstützung kommen, also während dieser Zeit in der Krisenunterstützung bleiben. Die Gemeinden erhalten dadurch die Möglichkeit einer sicheren Berechnung ihrer Lasten in den nächsten vier Monaten.

Braucht gibt zu, daß ein weiterer Personalschub geplant sei; er nennt das „Vereinfachung der Zentralinstanz“ und versichert, daß für den Abbau nur sachliche Gesichtspunkte maßgebend sein würden. Die Verhandlungen zur Durchführung der Aktion seien im Gange.

Herr von X geht, Herr von Y kommt. Legationssekretär Edler zu Putlitz ist an Stelle des nach Wien versetzten Herrn von Below in die Presseabteilung der Reichsregierung eingetreten.

Ein Dementi.

„Von zuständiger Stelle“ wird die Meldung der Bromberger „Deutschen Rundschau“ als von Anfang bis zu Ende unwahr dementiert, in der behauptet worden ist, Pape habe Frankreich ein Militärbündnis angeboten und über diese Frage mit Arnold Reicherberg verhandelt (der ein solches Bündnis in einer französischen Zeitung vorgeschlagen hat).

Das Leben ohne Interview ist ein Irrtum.

Herr von Pape hat wieder mal ein Interview gegeben, diesmal dem Korrespondenten des „Excelsior“. Inhalt: Gemeinplätze und Gleichberechtigung.

Umfang der Fälschungen und Lügen übertrifft alles bisher Dagewesene. (Aus einem Telegramm Hugenberg an die deutschnationalen Landesverbandsvorsitzenden, in dem er die nationalsozialistischen Fälschungen gegen die Deutschnationalen aufzählt und vor neuen, für den Augenblick vor der Wahl vorbereiteten warnt.) Ein Glück, daß wir in Hugenberg einen so treuen Wächter der Wahrheit haben. Er und seine Freunde lieben die Wahrheit; dafür waren ja die Mitteilungen Heids aufschlußreich.

Die Zahl der Parteien, die bei dieser Wahl insgesamt in irgend einem Wahlkreis zur Wahl stehen, ist gegenüber zur vorigen Reichstagswahl um 9 zurückgegangen, auf — 55!

Selbsthilfe Erwerbsloser.

Nachdem der Magistrat in Thale (Harz) einen Antrag der Erwerbslosen auf Lieferung von Brennstoff abgelehnt hatte, stellten die Erwerbslosen ein Ultimatum, nach dessen Ablauf sie die Abholzung eines Gemeindewaldes androhten. Das Ultimatum lief in den ersten Novembertagen ab: 100 Erwerbslose zogen in den Wald; und als die Polizei eintraf, lagen bereits 25 starke Bäume. Gegen 30 Personen soll ein Landfriedensbruch-Prozess eingeleitet werden, einer wurde als Rädelführer verhaftet.

was eigentlich Dialektik sei. „Na, wir wollen dann mal zurückkommen“, sagte der Lehrer, „da manche Genossen gar keine Vorbildung haben.“ Er begann folgendermaßen:

Was ist also Dialektik? Lenin hat sie sehr schön in 16 Kategorien eingeteilt:

1. Die Objektivität der Betrachtung.
2. Die ganze Totalität der mannigfaltigen Beziehungen des einen Dinges zu den anderen.
3. Die Entwicklung dieses Dinges bzw. der Erscheinung, seiner eigenen Bewegung, seines eigenen Lebens.

Nachdem der Lehrer die Texte von den 16 Kategorien vorgelesen hat und alle Schüler sie niedergeschrieben haben, warteten wir mit großer Spannung auf die Erklärung. Die Worte: „Koexistenz“, „Kausalität“, „Kampf des Inhalts mit der Form“ u. s. w., die alle in den 16 Kategorien vorkamen, machten uns völlig hilflos.

Der Lehrer erklärte: Die Objektivität eines Dinges, na, zum Beispiel bei Wasser ist das H₂O. Die ganze Totalität der mannigfaltigen Beziehungen des Dinges zu den anderen ist zum Beispiel die Beziehung des Wassers zu den Menschen, zu der Landwirtschaft u. s. w. Und die Entwicklung des Dinges, zum Beispiel des Wassers, ist beispielsweise, na, wie können wir das am besten erklären? Zum Beispiel: Hier sind Sauerstoff und Wasserstoff in zwei Flaschen. Es sind gasförmige Dinge. Wenn man diese zwei Dinge zusammen tut, dann ist plötzlich Wasser entstanden.

Hierbei sagte der Lehrer lächelnd und freundlich: Es ist sehr interessant, nicht? Und wenn man nur einige von diesen 16 Kategorien anwenden kann, dann hat man allein schon über Wasser den ganzen Tag etwas zu schreiben.

Auf diese Weise wurde die Erklärung der 16 Kategorien der Dialektik fortgesetzt, und zuletzt noch eine Zusammenfassung des Ganzen in drei Punkten gegeben. Aber wenn man mich heute fragt: „Was ist Dialektik?“ kann ich auf diesen Kurs hin nicht sagen, daß ich etwas davon weiß.

Zuletzt stießen wir auf das Problem des Nationalismus, ein Problem also, das heute äußerst wichtig ist und worüber

Brauns Rückzug in die Amtsräume.

Brauns Brief an Hindenburg, den dieser inzwischen an Pape zur Stellungnahme weitergegeben hat, ist in seinen wesentlichen Teilen veröffentlicht worden. Er bedeutet einen Rückzug, im wesentlichen auf die Linie, in die Braucht sofort verweicht hat, den Streit hinauszuschieben: die Linie der Auseinandersetzung um die Amtsräume.

Die preußischen Staatsminister beanspruchen auf Grund des Leipziger Urteils, „daß sie in ihr Amt als Staatsminister und als Landesregierung ohne jeden Vorbehalt wieder eingesetzt werden“. Welche konkreten Forderungen geben diesem Anspruch Inhalt?

Seiner Zeit nach seiner Unterredung mit Hindenburg hatte Brauns die Forderung erhoben, daß die neue Verordnung über die Umorganisation der preußischen Ministerien (Auflösung des Wohlfahrtsministeriums u. s. w.) zurückgezogen werden sollte; er hatte diese Forderung einleuchtend damit begründet, daß nur die Landesregierung das Recht habe, Notverordnungen zu erlassen; und Landesregierung sei nach dem Leipziger Urteil nur die alte preußische Staatsregierung.

Von dieser konkreten Forderung, die Brauchsche Verordnung aufzuheben, ist in Brauns Brief nicht mehr die Rede.

Dafür findet sich der verdächtige Satz: „Wenn Sie, Herr Reichspräsident, es nicht für möglich gehalten haben, diesem Wunsche (nach Aufhebung der Verordnung vom 20. Juli) zu entsprechen, so bedauert dies die Staatsregierung aufrichtig, fügt sich aber selbstverständlich denjenigen Anordnungen, zu denen Sie nach der Verfassung und der Auslegung der Verfassung durch die Entscheidung des Staatsgerichtshofes befugt sind.“

An konkreten Forderungen aber nennt Brauns in der Tat nichts anderes, als „daß jedem Minister seine Amtsräume

zur Ausübung der ihm zustehenden Befugnisse als Landesminister zur Verfügung gestellt werden“.

Der Brief schließt mit der Zusicherung: „Die preußische Staatsregierung stellte ihre Forderungen nicht, um der Arbeit der Herren Reichskommissare irgend welche Schwierigkeiten zu bereiten . . .“, und mit der Bitte, Hindenburg möge es Preußen und dem Reich ersparen, „daß nochmals der Staatsgerichtshof angerufen werden muß“.

Dieses Zurückweichen ist um so trauriger, als Brauns für seine zunächst erhobene Forderung: Aufhebung der Brauchschen Neuorganisation der Preußen-Regierung Heide als Bundesgenossen hatte; denn gerade gegen diesen Schritt richtete sich der scharfe bayerische Protest.

Wie wir es in unserem Aufsatz über unsere Wahlparole zum 6. November vorausgesehen hatten, offenbart sich die Kampfunfähigkeit der SPD, die ihr in jahrelanger Praxis zu tief in die Knochen eingefressen ist, in ihrem sogenannten Kampf um Preußen. Dieselbe Kampfunfähigkeit, dieselbe Politik der Feigheit, zeigt sich in der Haltung der SPD zum Streik der Berliner Verkehrsarbeiter. Rechtzeitig zum 6. November wird uns also die korrumpierende Wirkung der demokratischen Mitarbeit mit dem Klassenfeind und damit die Notwendigkeit des revolutionären Weges erneut illustriert. Die Einsicht in diese Notwendigkeit bestimmt uns, trotz der Mängel der KP

am 6. November die Liste der Kommunistischen Partei zu wählen.

O. Bauer im Berliner Sportpalast in vierzehn Jahren nichts gelernt.

Hr. „Novemberstürme“ war das Thema der letzten SP-Wahlversammlung vor dem 6. November. Es ist schon peinlich, wenn die SPD an den November 1918 erinnert.

Der Hauptredner des Abends war Otto Bauer, der Führer der österreichischen Sozialdemokraten. Am Rednerpult erschien er Arm in Arm mit Künstler, die Faust erhoben; Blitzlicht und Photoapparate arbeiteten wie toll; die Versammlung tobte vor Begeisterung.

Seine Rede — ein Loblied auf die Demokratie. Die Situation von 1918: „4/4 Jahre hatten das deutsche Volk einer Welt von Feinden standgehalten. . . Die Revolution, die wir damals machen konnten, war nur eine halbe Revolution, und die Demokratie, die wir damals erringen konnten, war nur eine halbe Demokratie. Das ist nicht die Schuld einzelner.“ Gegen den Vorwurf, die Sozialdemokratie habe die Arbeiterschaft verraten, erklärt Bauer: „Was ist das für eine Geschichtsauffassung, die da meint, wenn die Stunde zur ganzen Revolution reif ist, könnte der oder jener es verhindern!“ Und warum war die Stunde 1918 nicht reif zur ganzen Revolution? Weil — das wagte Bauer wörtlich zu sagen — die „ernsthafte Gefahr“ bestand, daß ein Bürgerkrieg durch das Diktat ausländischer Generale entschieden würde (!).

So blieb die Revolution halb, und das heißt nach Otto Bauer: Es gelang nur, die Demokratie in Staat, Ländern und Gemeinden einzuführen, nicht aber in die Betriebe. Dort behielt die kapitalistische Gesellschaft ihren Halt; von dort aus dringt sie vor und raubt der Arbeiterschaft erneut die demokratischen Rechte.

Die Lehren für Bauer? „Ich begreife sehr gut, daß mancher Arbeiter da irre wird an der Demokratie und sich fragt, ob nicht andere Mittel mehr Erfolg versprechen.“ Aber: „Nur Toren können glauben, daß das deutsche Volk heute etwa die Wahl habe zwischen der Demokratie und der Diktatur des Proletariats. . . Heute, im Augenblick, habt Ihr die Wahl zwischen der Demokratie, die wieder zu erringen

ist, und der Diktatur der Barone, der Junker, der Schwerindustriellen.“

Die Krise, „die ungeheuerste Weltblamage des Kapitalismus“, soll der zurückgedrängten Demokratie die Gelegenheit zum Gegenstoß geben. „Die Geschichte wiederholt sich nicht. Bei diesem Gegenstoß wird es sich nicht mehr um die halbe Demokratie handeln dürfen, sondern um die ganze“, darum, daß sich das Volk das Selbstbestimmungsrecht erringt, nicht nur im Staat, sondern auch „in der Verfügung über die Arbeitsmittel und über den Arbeitsertrag“. Darum „Kampf für die Wiederherstellung der Demokratie“, und zwar so, „daß dabei zugleich aus der halben Demokratie die ganze werde“.

Der Sportpalast war gedrängt voll. Aufmerksam, aufmerksam Arbeiter saßen da, bereit, sich Kampfparolen zu eigen zu machen. Sie erhielten keine Parolen, die über die leere Aufforderung zum Kampf hinausgingen.

Wie soll gekämpft werden?

Die revolutionäre Tradition ist in der SPOe lebendiger als in der SPD. Kann Bauer der Meinung sein, daß die Abgabe von Stimmzetteln am 6. November die Diktatur der Reaktion aufhält? Er sagt es nicht offen — aber er schließt die Diktatur des Proletariats praktisch von der Diskussion aus und deckt mit dem Hinweis auf die Gefahren des Bürgerkriegs jedes feige Zurückweichen der SP. So bleibt es trotz aller Blamagen der Demokratie bei dem törichten Geschrei: Mehr Demokratie! Und selbst diese Forderung wird höflicher Weise nur demokratisch angemeldet.

Der braune Terror.

In Wuppertal-Barmen wurde in der Nacht zum Freitag von Nazis geschossen, als eine ihrer Klebekolonnen mit einer kommunistischen Klebekolonne zusammenstieß. Zwei Kommunisten wurden verletzt. An mehreren anderen Stellen der Stadt gab es in derselben Nacht einige Verletzte verschiedener politischer Richtungen. Eine mit Hieb- und Stichwaffen schwerbewaffnete Nazi-Klebekolonne wurde von der Polizei überrascht.

In Mülheim (Ruhr) am Freitag ein Zusammenstoß zwischen Nazis und Kommunisten. Die zur Zeit übliche Methode: Nazi-Flugblattverteiler überschwemmen Arbeiterviertel.

In Berlin (Stralauer Straße) drangen in der Nacht zum Sonnabend Nazis in ein „Reichsbanner“-Lokal, demolierten es und verletzten einige „Reichsbanner“-Leute. Die SA-Banditen entkamen.

Unter ständigem Terror steht immer noch Schweidnitz, wo die Gerichtsverhandlung gegen Heines andauert. Am Donnerstagabend wurde ein „Reichsbanner“-Mann von SA überfallen und mit Messerstichen übel zugerichtet. Das Gericht war auch am Freitag von braunen Horden umlagert, und trotz des Demonstrationsverbots werden die Gänge, die Heines zwischen Gericht und Hotel zurückzulegen hat, zu Prozessionen ausgenutzt.

Heines sorgt durch sein Auftreten vor Gericht für die Terrorstimmung seiner Knechte;

er sagte z. B., ohne dadurch den Vorsitzenden zum Einschreiten bewegen zu können: er erkläre überall öffentlich, daß er jede Standarte auflöse und jeden SA-Mann ausschließe, der sich nicht gegen „die marxistischen Horden“ zur Wehr setze. Weshalb wird dieser Hetzer nicht aus dem Gerichtssaal verhaftet? (Die Antwort ist klar: sie hinzuschreiben, ist verboten.)

Die politisch Entrechteten.

Die Sondermaßnahmen gegen die Kommunisten gehen weiter. In Tilsit wurden am Freitag 16 deutsche Arbeiter, die sich auf der Reise nach Moskau befanden, aus dem Zuge heraus festgenommen und ihrer Pässe beraubt. Von „zuständiger Berliner Stelle“ wird dazu erklärt, die Regierung habe sich entschlossen,

„dem ständigen Hin und Her der Kommunisten zwischen Rußland und Deutschland ein Ende zu machen“.

Begreiflich: welches Land — außer den faschistischen — würde bei der Vergleichung mit Deutschland nicht besser abschneiden? Und gar Rußland!

Die kommunistischen Tagessetzungen „Volkswacht“ (Stettiner Gebiet) und „Volksecho“ (Mark Brandenburg und Lausitz) sind bis zum 13. November verboten worden. Die Gründe dürfen nicht genannt werden.

Statistik im Dienst der Großagrarien.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat gibt als Heft 29 seiner Veröffentlichungen soeben ein 96 Seiten starkes Heft heraus mit dem viel Interessantes versprechenden Titel: „Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsergebnisse seit der Neugegestaltung der Währung. Siebenjährige Buchführungsergebnisse aus den Wirtschaftsjahren 1924/25 bis 1930/31.“ Als Bearbeiter zeichnet Dr. H. L. Fensch, der Leiter der Betriebsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates.

Es wäre sehr verdienstvoll, wenn auf Grund von Buchführungsergebnissen hier wirklich ein Bild der Entwicklung der Betriebsergebnisse in der deutschen Landwirtschaft, also in allen Betriebsgrößen gezeichnet würde. Die Einleitung verspricht: „Die Materialdarstellung ist so gewählt, daß sich die charakteristische Entwicklung der wichtigsten Betriebsformen daraus ersehen läßt.“ (Seite 5). Wir werden bald sehen, nach welchem Gesichtspunkt die Materialdarstellung gewählt ist.

Daß im Text mehrfach vom Ideal der deutschen „Nahrungsfreiheit“ die Rede ist, macht stutzig. Da von anderer Seite so umfassende Bearbeitungen von Buchführungsergebnissen nicht vorliegen, darf man das Heft aber daraufhin noch nicht ohne weiteres aus der Hand legen. — Daß für Betriebe unter 5 Hektar Buchführungsmaterial nicht ausgewertet wurde, weil nach Angabe des Bearbeiters nicht genügend Material vorliegt, ist bedauerlich. Es wäre Sache des Deutschen Landwirtschaftsrates, sich darum zu kümmern, daß solches Material vorliegt! Aber auch über den soeben erwähnten Mangel könnte man noch hinwegsehen. — Die Darstellung ist mit viel größeren Mängeln behaftet, Mängeln allerdings nur für denjenigen, der sich ein objektives Bild vom Stand der deutschen Landwirtschaft machen will und nicht nur ein

objektives Bild davon, welche Interessen im Deutschen Landwirtschaftsrat am stärksten vertreten sind.

Zunächst einige kurze Vorbemerkungen über die Gruppierung, in der die als Rohmaterial vorliegenden insgesamt rund 26 300 Buchführungsabschlüsse ausgewertet werden.

Die Gruppierung erfolgt nach Betriebsgrößen, und zwar nach drei Größenklassen, die für Ost- und Westdeutschland verschieden gebildet sind.

Bezeichnung	Ostdeutschland	Westdeutschland
Kleinbetriebe	5 bis 50 Hektar	5 bis 20 Hektar
Mittelbetriebe	50 bis 200 Hektar	20 bis 100 Hektar
Großbetriebe	über 200 Hektar	über 100 Hektar

Wenn im folgenden von Klein- und Großbetrieben die Rede ist, so sind darunter stets Betriebe der hier bezeichneten Größenklassen gemeint.

Außerdem ist eine Gliederung vorgenommen worden nach der vorwiegenden beziehungsweise charakteristischen Kultur, und damit nach Intensitätsstufen.

So werden unterschieden:

1. Zuckerrübenwirtschaften: Betriebe, in denen 20 Prozent und mehr der landwirtschaftlichen Nutzfläche mit Hackfrüchten, und von diesen mehr als die Hälfte mit Zuckerrüben bestellt sind.

2. Getreidewirtschaften: Betriebe, in denen weniger als 20 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche mit Hackfrüchten und weniger als 35 Prozent mit Futterpflanzen (Ackerfutterbau, Wiesen und Weiden) bestellt sind.

3. Futterbauwirtschaften: Betriebe, in denen weniger als 20 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche mit Hackfrüchten, und 35 Prozent und mehr mit Futterpflanzen bestellt sind.

Bei dieser Gliederung handelt es sich um eine Abstufung nach der Intensität der Bewirtschaftung. Der Arbeitsaufwand bei Futterpflanzenbau ist zum Beispiel pro Hektar vier Mal so groß wie bei Getreidebau.

Wenn die Angaben nach diesen beiden Gruppierungen gleichmäßig gemacht wären, so würde der Leser wirklich einen Ueberblick darüber gewinnen, welche Unterschiede sich aus der Betriebsgröße und welche sich aus der Intensitätsstufe ergeben und wie sich diese Unterschiede im Laufe von sieben Wirtschaftsjahren verändert haben. In der Bearbeitung des Urmaterials finden sich Tabellen mit jeweils drei Gruppen von Angaben, zum Beispiel über Viehbestand; Einnahmen, gegliedert nach verschiedenen Posten; Ausgaben, ebenfalls gegliedert; Zinsbelastung u. s. w. Wir geben hier eine solche Tabelle als Beispiel (von Seite 15):

Nutzwiehhbestand.

	Großvieh je 100 Hektar			1924/26 = 100			1929/30 = 100		
	Zuckerrübenwirtschaft	Getreidewirtschaft	Futterbauwirtschaft	Zuckerrübenwirtschaft	Getreidewirtschaft	Futterbauwirtschaft	Kleinbetriebe	Mittelbetriebe	Großbetriebe
1924/26	51,7*	50,6	53,5	100	100	100	100	100	100
1926/28	53,6	52,3	56,0	104	103	103	107	102	104
1928/30	51,2	51,8	55,7	100	102	103	103	100	103
1930/31	50,4	52,4	56,5	99	103	105	105	100	102

Im ersten Drittel der Tabelle stehen absolute Zahlen. Der Leser kann die Entwicklung von Zeitabschnitt zu Zeitabschnitt verfolgen (es sind drei Mal je zwei Wirtschaftsjahre zusammengefaßt, das siebente folgt dann für sich allein). Der Leser kann zum Beispiel ablesen, daß der Nutzwiehhbestand auf je 100 Hektar in den Zuckerrübenwirtschaften gesunken und in den Getreidewirtschaften gestiegen ist. Er kann aber auch die verschiedenen Intensitätsstufen mit einander vergleichen. Er kann also aus der Tabelle ablesen, daß in den Futterbauwirtschaften im Wirtschaftsjahr 1930/31 um rund 10 Prozent mehr Vieh auf 100 Hektar stand als in den Zuckerrübenwirtschaften.

Das zweite Drittel der Tabelle erleichtert es dem Leser, die Entwicklung der Betriebe einer Intensitätsstufe (jeder einzelnen für sich genommen) im Laufe der sieben Wirtschaftsjahre zu verfolgen. Er kann das, wie wir soeben sahen, bereits auf Grund der Angaben im ersten Drittel der Tabelle.

Im dritten Drittel werden dem Leser solche erleichternden Angaben gemacht, um die Entwicklung der Betriebe der drei Betriebsgrößen (jeder einzelnen Gruppe für sich genommen) im Laufe der sieben Wirtschaftsjahre zu verfolgen. Er kann zum Beispiel ablesen, daß der Nutzwiehhbestand der Kleinbetriebe in dieser Zeit um 5 Prozent zugenommen hat, während der der Mittelbetriebe gleich blieb.

Die Schrift enthält im Ganzen 30 solche dreigeteilten Tabellen.

Diese 30 Tabellen geben sämtlich dem Leser keine Möglichkeit, die Betriebsgrößen mit einander zu vergleichen.

Diese Möglichkeit wird ihm für die Intensitätsstufen gegeben, nicht aber für die Betriebsgrößen.

Gewiß, es war notwendig, mit dem Raum hauszuhalten. Dann hätte aber eben ein Tabellenteil mit Prozentzahlen weg-

bleiben müssen und nicht die absoluten Zahlenangaben für die drei Betriebsgrößen! Mitten in der Darstellung der Ergebnisse lesen wir: „Wenn auch in der vorliegenden Veröffentlichung im allgemeinen kein Vergleich der Größenklassen hinsichtlich der absoluten Höhe ihrer Hektarwerte vorgenommen werden soll, . . .“ (Seite 17.) Warum soll diese Vergleichung nicht vorgenommen werden? Daß gerade die dazu erforderlichen Angaben in der Veröffentlichung des Deutschen Landwirtschaftsrates weggeblieben sind, vermögen wir nicht anders zu deuten als mit der Absicht, es dem Leser möglichst schwer zu machen, die einzelnen Betriebsgrößen miteinander zu vergleichen.

Trotz allem lehrreich!

Was kann man aus den Tabellen nun trotz allem lernen? Trotz des Mißtrauens, das gegenüber Buchführungsergebnissen überhaupt angebracht ist, und besonders gegenüber einer so offensichtlich tendenziösen Bearbeitung?

Wir stellen aus einigen Tabellen zusammen, wie sich wichtige Posten, pro Hektar gerechnet, in Klein- und Großbetrieben während der sieben Wirtschaftsjahre geändert haben:

Aufwendungen:	Kleinbetriebe	Großbetriebe
Ausgaben für Saatgut	+ 12%	- 22%
Ausgaben für Düngemittel	- 4%	- 8%
Ausgaben für Futtermittel	+ 50%	- 12%
Ausgaben für Unterhaltung der Gebäude und Maschinen	+ 6%	- 21%
Ausgaben für Neubauten und Neuan-schaffungen	+ 7%	- 53%
Wirtschaftsausgaben insgesamt	+ 9%	- 4%
Zinsendienst	+ 118%	+ 106%

Erträge:	Kleinbetriebe	Großbetriebe
Getreideerträge	+ 11%	+ 9%
Kartoffelerträge	+ 31%	+ 22%
Zuckerrüben-erträge	+ 18%	+ 20%
Milcherträge	+ 30%	+ 20%

Die tatsächlichen Aufwendungen und Erträge von Klein- und Großbetrieben können wir leider aus den genannten Summen nicht miteinander vergleichen, sondern nur ihre Veränderungen.

Bei den Aufwendungen springt ins Auge, daß sie fast sämtlich bei den Kleinbetrieben gestiegen und bei den Großbetrieben gesunken sind. Der Zinsendienst hat sich in beiden Betriebsgrößen mehr als verdoppelt; doch war, wie aus anderen Veröffentlichungen bekannt ist, der Ausgangspunkt ein anderer: die Kleinbetriebe waren von vornherein weniger verschuldet als die Großbetriebe und sind es noch heute. (Fensch gibt in einer Tabelle dieses Ergebnis der Untersuchungen der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt wieder.)

Nun zu den Ertragsziffern: Die Fortschritte der Kleinbetriebe sind verhältnismäßig größer, abgesehen vom Zuckerrübenbau, und da ist der Unterschied im Fortschritt nicht beträchtlich.

Das Ergebnis der Bemühungen der Landwirte um Ertragssteigerung wird in einer der wenigen Tabellen zusammengefaßt, in der für die einzelnen Betriebsgrößengruppen getrennt Markbeträge und nicht nur Prozentzahlen angegeben werden. — Solche wirklich aufschlußreichen Tabellen werden auf Grundlage der bearbeiteten Buchführungsergebnisse nur für Wertveränderungen im Gutsbesitz und, was wichtiger ist, für Reinertragsberechnungen veröffentlicht; der Leser wird gleich sehen, warum von dem sonst üblichen System hier abgegangen wird.

Reinertrag abzüglich Zinsendienst in Mark je Hektar.

	1924/26	1926/28	1928/30	1930/31
Zuckerrübenwirtschaften:				
Kleinbetriebe	55	28	41	53
Mittelbetriebe	13	8	2	-2
Großbetriebe	-6	-7	-6	-43
Getreidewirtschaften:				
Kleinbetriebe	-1	-5	-1	-16
Mittelbetriebe	-13	-23	-15	-27
Großbetriebe	-47	-45	-35	-49
Futterbauwirtschaften:				
Kleinbetriebe	-28	-23	-16	-39
Mittelbetriebe	-28	-29	-19	-36
Großbetriebe	-52	-53	-36	-44

KANADA

Was kostete die Weizenpreis-Stützung? Auf Veranlassung der Regierung wurden 1930 nach dem Bankrott des Weizenpools 80 Millionen bushel Weizen eingelagert. Darauf ruht bis heute für die Regierung ein Verlust am Preis von insgesamt 16 Millionen Dollar.

USA

Wahlpropaganda: Das Arbeitsministerium gab am 30. Oktober, also noch vor Ablauf des Monats bekannt, im „vergangenen“ Monat sei in den USA ein allgemeines Abnehmen der Arbeitslosigkeit festzustellen. 33 Staaten hätten berichtet, daß sie insgesamt über 30 000 Mann im Wegebau beschäftigt.

Arbeitslosigkeit in New York: Die politische Verwaltung der Stadt veröffentlicht einen Bericht, nach dem die Zahl der Erwerbslosen einschließlich ihrer Familienmitglieder in New York 985 000 beträgt. Das New Yorker Wohlfahrtsamt schätzt gleichzeitig die Zahl auf 1 150 000. Zu ihrer Unterstützung sind für das Winterhalbjahr 30 Millionen Dollar (128 Millionen Mark) erforderlich. — Es entfällt also auf den Kopf die Riesensumme von 26 Dollar.

Standardobst und Standardgemüse: Im Steuerjahr 1932 wurden mehr als 282 000 Waggons mit frischem Obst und Gemüse an den Versandstellen durch staatliche Inspektoren begutachtet; die Inspektionen an den großstädtischen Märkten erfaßten mehr als 53 000 Waggons. Obgleich die Inanspruchnahme einer solchen staatlichen Aufsicht freiwillig ist und etwas kostet, standen 30 Prozent aller Versendungen unter staatlicher Kontrolle. Die Durchschnittsqualität hat dadurch eine erhebliche Steigerung erfahren; insgesamt sind für 65 verschiedene Obst- und Gemüsearten amtliche Qualitätsstandards festgelegt.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein Leser die dazu erforderlichen Angaben aus 22 großen zweiseitigen Zahlenübersichten zusammenrechnet. Das erfordert aber eine so umfangreiche Rechenarbeit, daß es dem normalen Leser eben doch tatsächlich unmöglich gemacht wird, die Unterschiede zu erkennen, die zwischen den Betriebsgrößenklassen in Deutschland bestehen. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hält die Angaben darüber verborgen, obwohl er sie selber natürlich errechnen mußte, um zu jenen veröffentlichten Prozentzahlen zu gelangen. Die Ergebnisse auf Grund jener 22 Tabellen nochmals auszurechnen, wäre eine verdienstvolle Aufgabe, etwa für die Deutsche Bauernschaft oder eine andere Bauernorganisation.

Abgesehen von den intensivsten Klein- und Mittelbetrieben wird hier für alle Jahre ein Reinverlust ausgerechnet.

Die Veröffentlichung ermöglicht es nicht, den Ursachen des Reinverlustes getrennt nach Betriebsgrößengruppen nachzuforschen. Der Deutsche Landwirtschaftsrat wird wissen, warum. Er will nun einfach auf Grund der Tatsache, daß heute auch Kleinbetriebe (von der eingangs bezeichneten Größe) mit Verlust abschließen, in das alte Horn tuten: „Die Landwirtschaft ist in Gefahr“, ohne Rechenschaft darüber abzulegen, warum die einzelnen Betriebsgrößen in Gefahr sind. Diese Untersuchung aber muß man vornehmen, wenn man geeignete Hilfsmaßnahmen angeben will.

Die Veröffentlichung des Deutschen Landwirtschaftsrates ist daher als Unterlage für die Ausarbeitung eines wirklichen Hilfsprogramms für die deutsche Landwirtschaft völlig ungeeignet.

Was soll man bei dieser notwendigen Arbeit anfangen mit dem allgemeinen Satz: „Die Agrarkrise hat — im ganzen betrachtet — von Anfang an alle Betriebe der deutschen Landwirtschaft betroffen.“ Dieser Satz ist entweder eine billige nichtssagende Agitationsphrase oder eine Lüge.

Selbst aus dem so kümmerlich dargestellten Material kann man weit mehr herauslesen, nämlich:

In den Kleinbetrieben wurden die Anstrengungen, die Erträge zu verbessern, mehr verstärkt, als in den Großbetrieben.

Diese waren seit Jahren so an der Grenze des Bankrotts, daß sie auch wichtige produktionssteigernde Ausgaben stark drosseln mußten.

Wenn man außer den Buchführungsergebnissen noch ein wenig von Agrarpolitik weiß, so kommt man ferner zu folgendem Ergebnis:

Die Kleinbetriebe wurden durch die an den Interessen der Großagrarien orientierten Agrarpolitik um den Erfolg ihrer Bemühungen betrogen,

namentlich durch den Sturz der Preise für Vieh und Viehprodukte bei hochgehaltenen Futtermittelpreisen, — beides eine Folge eben jener Agrarpolitik. Die Großbetriebe aber sind trotz jener Politik und trotz der Einschränkung von Ausgaben so nahe am Bankrott, daß sie ohne staatliche Stützungsmaßnahmen heute wohl fast sämtlich nicht mehr in der Hand der alten Eigentümer wären.

Dieser Tatbestand liegt sehr klar vor allen Augen. Die vorhin wiedergegebene Tabelle lehrt ja auch eindeutig:

Der Reinverlust pro Hektar steigt mit der Betriebsgröße.

Wenn man nun bedenkt, was alles zu Gunsten der Großbetriebe geschehen ist und noch geschieht: daß der Preis für Getreide — das Hauptverkaufsprodukt der Großbetriebe — hochgehalten worden ist, und die Preise für Vieh und Viehprodukte — die Hauptverkaufsprodukte der Kleinbetriebe — stark gefallen sind, so wird auch aus der Veröffentlichung des Deutschen Landwirtschaftsrates die starke Unterlegenheit der heutigen Großbetriebe offenbar. Diese Unterlegenheit wegzuschwindeln oder zu verbergen, das war selbst den Herren vom Deutschen Landwirtschaftsrat denn doch nicht möglich! Das Studium ihrer Schrift hat also auch für ihre Gegner ein wichtiges Ergebnis:

Die Unterlegenheit der heutigen deutschen Großbetriebe läßt sich nicht wegleugnen.

Hellmut Rauschenplat.

ARGENTINIEN

Saatflächen steigen! Das Landwirtschaftsministerium gibt folgende zweite Schätzung über die Saatflächen für das Erntejahr 1932/33 bekannt:

Weizen:	7 990 000 Hektar	(991 000 mehr als 1931/32)
Lein:	2 960 000 "	(536 550 weniger " ")
Hafer:	1 420 000 "	(15 790 mehr als 1931/32)
Gerste:	590 000 "	(7 660 mehr als 1931/32)
Roggen:	640 000 "	(82 230 mehr als 1931/32)
Alpiste:	45 000 "	(5 410 weniger " ")

Zusamm.: 13 645 000 Hektar

Also inmitten der Agrarkrise eine wesentliche Steigerung der Getreidesaatfläche!

Saatenstand gut: Der Stand der Saaten wird im allgemeinen als gut, in der Provinz Pampa sogar als so gut wie in langen Jahren nicht bezeichnet. Nur in der Provinz Entre Rios sind die Ernteaussichten schlecht infolge des durch die Heuschrecken verursachten Schadens.

Heuschrecken gegen die Ueberproduktion: Den in den Provinzen Entre Rios und Santa Fé durch die Heuschrecken verursachten Verlust schätzt man auf 450 000 Hektar Lein und 250 000 Hektar Weizen.

DEUTSCHLAND

Lebenshaltungskosten: Die Reichsindexziffer beträgt für den Durchschnitt des Monats Oktober 119 gegenüber 119,5 im September.

Die Reichspost sucht nach einer Anleihe von 60 Millionen Mark. Sie hat bereits angeblich für die Hälfte dieser Summe Aufträge an Industrie und Handwerk herausgegeben. Wie es heißt, können sich die ausländischen Geldgeber vor der Wahl nicht zur Anleihegewährung entschließen; die Finanzierung erfolge vorerst vor allem durch die Lieferfirmen (!).